

POLIZEI REPORT

G 6789
ISSN 1869-6805

Nr. 154 · März 2017



Tarifrunde 2017



BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT/M. IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

AUF EIN WORT...



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,

es wäre ja auch zu schön gewesen, wenn wir ein Weihnachtsfest erleben müssten, ohne dass uns Gewalt und Terror begleitet hätten. Aber nein, es kam anders als gedacht. In Berlin raste ein Attentäter mit einem LKW in eine Menschenmenge anlässlich eines an der Gedächtniskirche stattfindenden Weihnachtsmarktes.

12 Menschen kamen an Weihnachten nicht nach Hause, viele Verletzte mussten in Kliniken versorgt werden. Wer es jetzt immer noch nicht begriffen hat, dem sei gesagt, dass der Terror nicht an unseren Grenzen HALT GEMACHT hat. Was noch vor einigen Wochen für viele Menschen unbegreiflich erschien wurde Wirklichkeit. Nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York, den weiteren in der Folge stattgefundenen Anschlägen weltweit, folgte nunmehr der verheerende Anschlag in der Bundesrepublik. Und das ausgerechnet an Weihnachten, dem Fest der Besinnung, des Friedens und der inneren Einkehr. An einem Platz, wo Menschen zusammen kamen, um gemeinsam Weihnachten zu feiern. Unabhängig von

Auf ein Wort	3
Neujahrsempfang beim DGB	7
Ebbe Langt's – Meinungen der Kollegen	10
Besoldung im Bundesvergleich	12
Wertschätzung? Ein paar Vorschläge	14
Warnstreik	15
Taser –GdP für Erprobung	17
„Geld gibt es nicht...“	23
Personalversammlung	25
Einführung Digitalfunk –Ein Interview	26
Belohnung für jahrelangen Kampf	29
Abschied nach 44 Jahren	31
Ehrung für Jubiläum	33
Ein überzeugter Gewerkschafter geht	35
Termine für 2017	39
WICHTIGER Termin der Seniorengruppe	40
Weihnachtsfeier der Senioren	41
Kurioses aus dem Tierreich	43
Seminar der Senioren in Tann	47
Es stellen sich vor...	49
Brücken Bauen – Junge Gruppe vor Ort	51
Familie und Beruf – Was ist möglich	53
Deutscher-Polizei-Eishockey-Cup	57

feiern

Geschlecht, Staatszugehörigkeit oder religiöser Weltanschauung. An einem der höchsten kirchlichen Feiertagen...Und, als ob es damit nicht genug gewesen ist-, ging es mit einem Anschlag in einem Club in Istanbul am Neujahrstag weiter. Wenige Tage später erfolgte ein Anschlag in Izmir. Trotz aller Bekundungen namhafter Menschen auf Frieden in der Welt und ei-

nem solidarischen Miteinander verhalten diese Worte doch nur noch als Lippenbekenntnis. Unsere Anteilnahme gilt den Opfern dieser Terroranschläge und deren Hinterbliebenen sowie den vielen Traumatisierten und Verletzten. Was zeigt uns das? Nun, es zeigt uns schlicht und ergreifend, dass wir zukünftig mit allem rechnen müssen. Und wer es bis heute

nicht für möglich gehalten hat, dass so etwas unmittelbar vor der eigenen Haustüre passieren kann, der sei eines Besseren belehrt. Und wieder gehen die Diskussionen darüber los, welche Hintergründe eine Rolle gespielt haben könnten, wieviel Täter gehandelt hatten, warum ausgerechnet an solchen Orten diese Taten geschahen, ob die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich des Ausländerrechts, der Integration, der strafrechtlichen und präventiven Maßnahmen ausreichend sind usw. Als wenn diese Fragen nicht schon hinlänglich genug diskutiert worden sind. Und es doch für jeden klar erkennbar ist, dass nur in einem Gesamtpaket solchen Anschlägen, zumindest ansatzweise entgegengetreten werden kann. Dabei dürfen wir nicht außeracht lassen, dass wir uns nicht selbst wieder der eigenen Freiheit berauben. Klare Grenzen müssen sein und Straftaten müssen aufgeklärt werden. Das sind wir schon alleine den Opfern schuldig. Ich bin der Meinung, dass sich die politisch Verantwortlichen lange genug hinter Absichtserklärungen und zum Teil polemischen Äußerungen versteckt haben. Was wir heute brauchen und zwar zeitnah und nicht erst in einigen Jahren, ist eine Verständigung über alle politischen Parteien und Ländergrenzen hinaus bis hin zu einem breiten Konsens zu dem Erhalt unseres Rechtsstaates. Zu einem Bekenntnis zu einer wehrhaften Demokratie. Was sollen denn unsere Kinder und Kindeskinde von uns denken? Erheben wir nicht selbst Anspruch darauf, in unserem eigenen Land, eingebettet inmitten Europas, in Freiheit und Sicherheit zu leben. Haben wir tatsächlich aus den vergangenen Jahren nichts gelernt? Wollen wir wirklich zulassen, dass unsere Kinder mit der Angst aufwachsen müssen, mit Anschlägen konfrontiert zu werden? Was muss denn noch passieren, um ein entsprechendes politisches Handeln zu generieren? Wenn es schon hier bei uns

nicht richtig funktioniert, wie soll es da in Europa oder weltweit funktionieren?

Dass der Attentäter letztlich durch die italienischen Kollegen nördlich von Mailand zur Strecke gebracht wurde und mögliche Mittäter ermittelt werden konnten, verbessert die Gesamtsituation in keinster Weise. Denn wer möchte behaupten, dass nicht schon der nächste Anschlag in Planung ist? Um es auch deutlich zu sagen: Ich möchte keine Angst säen, aber genau darüber wird doch aktuell landauf / landab gesprochen und es bringt meines Erachtens mehr, sich der Gefahr zumindest bewusst zu werden..... Und wenn ich in den einschlägigen Presseveröffentlichungen lesen muss, dass Kritik an der Justiz geübt wird.....Da wird doch die Entscheidung wieder abgegeben. Dass sich die Justiz im Rahmen ihrer Zuständigkeit und im Rahmen der Gesetze bewegt, wird wohl niemand abstreiten. Daher bitte wieder einen Schritt zurück. Wir benötigen die rechtlichen Rahmenbedingungen auf jedem Gebiet, das die friedliche Verständigung der Menschen untereinander regelt. Ein Land alleine kann die Welt nicht retten, soviel steht einmal fest. Wir müssen die Kulturen auf allen Ebenen verbinden. Eine Abschottung würde uns schon deshalb nichts bringen, weil gerade Deutschland von dem internationalen Geschehen profitiert und nicht nur in der Ökonomie. Dabei habe ich noch nicht einmal von den Annehmlichkeiten der Reisefreiheit und den dadurch entstandenen Möglichkeiten gesprochen....Um es an dieser Stelle deutlich zu sagen: Ich habe auch keine Patentlösung. Es wird vermutlich auch keine Patentlösung geben, dafür sind die Motive, die letztlich zu einem Anschlag führen können, viel zu verschieden und tief-schichtig. Entscheidend meiner Meinung nach ist, dass wir den Spagat zwischen dem Erhalt unserer liberalen Einstellung und der Notwendigkeit der Änderung von

Rahmenbedingungen hinbekommen. Wir leisten uns in allen Ländern dieser Erde Politiker, die dafür bezahlt werden, dass sie sich nicht nur Gedanken zum Schutz der Bevölkerung machen, sondern dass sie Normen auf den Weg bringen, die uns schützen. Allzu oft hatte man in der Vergangenheit nur zögerlich reagiert, weil man Freiheiten nicht einschränken wollte. Aber zu welchem Preis? Dass wir neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen verschiedene Schutzausstattungen nebst geeigneter Bewaffnung seitens der Polizei und den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben benötigen, versteht sich von selbst. Darüber hinaus brauchen wir aber auch ein Plus an qualifiziertem Personal, mit Schwerpunkt in der Prävention bei den Kollegen im Streifen-dienst oder im Ermittlungsbereich in den Kommissariaten und Ermittlungsgruppen. Und wer in der so genannten Videoüberwachung ein Allheilmittel sieht, der sollte wissen, dass dieses Mittel lediglich als Ergänzung oder/und Unterstützung im Rahmen der Ermittlungsverfahren zum Einsatz kommt. Ich appelliere an uns alle, in der Aufmerksamkeit und in den Bemühungen für ein sicheres und menschenwürdiges Leben in einem freien Land unter Erhalt unseres Lebensstandards nicht nachzulassen. Ansonsten würden wir uns nur dem Unrecht und dem Terror beugen und dies wäre genau der Zustand, den diese feigen Mörder postulieren..... Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihren Einsatz an den Weihnachtstagen und in der Neujahrsnacht bedanken und hoffe, dass ihr auch zukünftig mindestens genauso gesund aus dem Dienst wieder nach Hause fahren könnt, wie ihr in den Dienst gegangen seid...■

Euer
Peter Horlacher



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Frankfurt
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für den GroBraun Frankfurt am Main

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Karin Schäfer (V.i.S.d.P.)
Petra Moosbauer
Gewerkschaft der Polizei, BZG Frankfurt
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt/Main
Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.
Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 1869-6805)

NEUJAHRSEMPFANG BEIM DGB

REGION FRANKFURT-RHEIN MAIN



ZAHLEICHE BEKANNTE GÄSTE AUS DER LANDESPOLITIK

Im voll besetzten Wilhelm-Leuschner-Saal des DGB-Hauses des Stadtverbandes Frankfurt am Main fand am 07. Januar 2017 der Neujahrsempfang statt. Nach einem einleitenden musikalischen Intermezzo begrüßte Philipp Jacks als Vorsitzender des DGB Frankfurt am Main und Geschäftsführer der DGB Region Frankfurt-Rhein-Main die Anwesenden, zu denen viele Vertreter aus der Politik, Unternehmen, der unterschiedlichen Gewerkschaften und den Medien zugegen waren.

In seiner Begrüßungsrede blickte Philipp Jacks auf das zurückliegende Jahr und stellte fest, dass es in der gesellschaftlichen Entwicklung Sozialkürzungen gegeben habe. Die Löhne würden nicht mit den Gewinnen der Unternehmen im Proporz steigen. Diese würde zu Frustrationen der Menschen führen. Die Menschen würden die Marktwirtschaft als ungerecht empfinden, so Jacks weiter.

Daher würde es immer mehr so genannte Protestwähler geben, die ihr Heil in der AfD sehen würden.

Eigentum würde aber auch verpflichten, deshalb sei eine gerechtere Verteilung des Eigentums und der Finanzen geboten.

Im Weiteren betonte Philipp Jacks, dass das Ehrenamt gestärkt werden müsse. Wörtlich sagte er dazu: „...das Ehrenamt ist unverzichtbar für die Erledigung unserer Aufgaben.....und soll daher in der Hessischen Verfassung verankert werden...!“

Die Steuereinnahmen der Stadt Frankfurt am Main konnten in 2016 gesteigert werden. Diese Einnahmen sollten für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden. Ein erklärtes Ziel der Stadt sei es, 30 % des Bauvolumens dafür bereit zu stellen.

Auch das Thema Rente wurde nicht ausgeschlossen.

„DIE RENTE MUSS ZUM LEBEN REICHEN“,



Philipp Jacks

so Jacks. Es müsse eine deutliche Rentenerhöhung geben, damit die Menschen unter dem Strich auch ein M E H R in ihrem Portemonnaie spüren können. Der Altersarmut müsse entschieden entgegen getreten werden.

Hinsichtlich der Einkommenssituation, insbesondere im Öffentlichen Dienst, bemängelte er den immer noch geltenden Ausschluss Hessens aus dem Tarifverbund der Länder (TdL).

ES IST UNZUMUTBAR, WENN DIE GEHÄLTER DER BESCHÄFTIGTEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST IN HESSEN IM BUNDESVERGLEICH ABGEHÄNGT WÜRDEN.

Jacks forderte demzufolge in der Konsequenz zur Rückkehr in den TdL auf, damit eine Einkommensverbesserung gewährleistet werden kann.

Peter Feldmann als Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main rief in seiner Gastrede dazu auf, die Gewerkschaften durch mehr Mitgliedschaften zu stärken, damit ein adäquater Gegenpol zum Kapital geschaffen werde. Solidarität und Zusammenhalt seien die Basis unserer Gesellschaft.

Auch der Oberbürgermeister beabsichtigt, mehr bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt zu schaffen und unterstrich dabei die bereits ausgeführten Überlegungen von Philipp Jacks. Auch über eine Mietpreisbremse müsse nachgedacht werden.

Er plane, die Busbetriebe wieder zu rekommunalisieren und die kommunalen Krankenhäuser zu stärken, damit eine kommunale Daseinsvorsorge gewährleistet werden kann.

Er setze sich dafür ein, dass insgesamt 540 neue Stellen bei der Stadt Frankfurt geschaffen werden. Es müsse mehr Personal für die Erledigung der städtischen Aufgaben bereitgestellt werden.

Auch dem OB war die Rente ein wichtiges Thema. Ergänzend zu den Ausführungen Philipp Jacks forderte er, dass alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen, auch die Freiberufler. Diese Aussage brachte ihm viel Applaus der Anwesenden ein. In diesem Zusammenhang wünsche er sich auch eine Gesundheitsversicherung für alle.

Abschließend ging Herr Feldmann auf die aktuelle Sicherheitslage in der Bundesrepublik ein. Er verurteilte den Terrorismus scharf und sagte, dass wir uns davon nicht einschüchtern lassen sollten. Der innere und äußere Frieden unseres Landes sei nicht verhandelbar und lasse keinen Platz für Vorurteile, Gewalt und Zwietracht. Daher plädierte er für eine leidenschaftliche Diskussion über die Frage des harmonischen Zusammenlebens. Die Würde des Menschen sei Grundlage allen Handelns, so der Oberbürgermeister.

Die Festansprache hielt sodann Herr Mag. Dr. Stephan Schulmeister aus Österreich. Er ist dort unabhängiger Wirtschaftsforscher und Hochschullehrer in Wien.

Im Hinblick auf den momentanen Rechtsruck in der Politik erläuterte Herr Schulmeister, dass der Neoliberalismus das größte Projekt zur Aufklärung und Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger darstellt. Jeder sei dazu aufgerufen, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Der freie Markt sei kein bloßes Subjekt, sondern es würden Menschen dahinter stehen, die planen, entscheiden und handeln. Natürlich würde es bestimmte Sachzwänge durch die Politik geben, jedoch bestehen die Ängste der Menschen aus Unkenntnis, Unwissenheit und der Frage, was in der Zukunft passieren werde bzw. könnte. Die Sehnsucht nach sozialem Zusammenhalt sei groß.

Deshalb sei der freie Markt vom Wesen her im Sinne einer guten wirtschaftlichen Gesinnung zu führen, als ein Instrument, das dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt.

Krisen, und insbesondere wirtschaftliche Krisen rufen immer den Widerstand der Menschen hervor. Wichtig sei es, zielgerichtet auf die konkreten Probleme



Mag. Dr. Stephan Schulmeister, OB Peter Feldmann, Philipp Jacks

zuzugehen und lösungsorientiert zu arbeiten.

Im Kern war man sich abschließend einig, dass Populismus und ungerechte Verteilung der Ressourcen unweigerlich zur Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates führen.

Deshalb ist es eminent wichtig, insbesondere diesen beiden Faktoren entgegen zu wirken.

Dieser Meinung schließt sich die GdP an !!!

P.H.

NEUJAHRSEMPFANG DER STADT FRANKFURT

Der diesjährige Neujahrsempfang der Stadt Frankfurt am Main fand am 12. Januar wie gewohnt im Römer unter dem Titel „Populismus kontra Gemeinsinn“ statt. Rund 1000 Gäste aus Politik, Kultur und Gesellschaft waren eingeladen, zunächst der Neujahrsansprache des Oberbürgermeisters, Herrn Peter Feldmann, dann den Grußworten von Frau Doyenne Aleksandras Djordjevic, Generalkonsulin der Republik Serbien und last not least der Festrede von Prof. Bascha Mika, Chefredakteurin der Frankfurter Rundschau, beizuwohnen.

Unter den Gästen befanden sich unter anderem unser Polizeipräsident, Herr Gerhard Bereswill, sein Stellvertreter, Herr Dr. Walter Seubert sowie vom DGB der Vorsitzende Philipp Jacks.

Nach einer musikalischen Einleitung durch das Trio J.J. Quantz ging der Oberbürgermeister sodann auf die allgemeine Sicherheitslage ein und gab für die Stadt

Frankfurt am Main die Parole aus, dass die Polizei die Sicherheit in unserer Stadt durchsetzen werde. Die Bürgerinnen und Bürger hätten einen Anspruch darauf, so der OB weiter.

Im Nachfolgenden betonte Feldmann, dass zu wenig Wohnraum für die doch deutlich wachsende Stadt zur Verfügung stehen würde, so dass auf dem Wohnungsmarkt Handlungsdruck bestehen würde.

ANMERKUNG:

Die GdP fordert seit Jahren, dass bezahlbarer Wohnraum, insbesondere für unsere Polizeibediensteten, bereitgestellt werden müsse. Wir werden auch hierzu weiter insistieren.

Die Serbische Generalkonsulin warnte im Namen der in Frankfurt tätigen Konsulin vor der rechten Szene, Neonazismus und Rassismus, die unweigerlich zu Fremdenhass und Antisemitismus führen würden.

In ihrer Festrede rief Frau Mika zu Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit des demokratischen Staates auf. Insbesondere in einer Stadt wie Frankfurt, wo viele Kulturen aufeinander treffen würden, müßte eine Kultur des Miteinanders gelebt werden. Rechtspopulistische Kräfte dürften nicht die Oberhand gewinnen, so ihre abschließende Forderung.

Im Grunde war man sich einig, dass nur eine offene Gesellschaft den Raum für Demokratie und Verständigung gewährleisten kann. Demokratie und Freiheit sind nicht selbstverständlich und müssen jeden Tag neu erkämpft werden. Dies waren zusammengefasst die Kernbotschaften aus den Reden, die mit viel Applaus bedacht wurden. Im Anschluss wurden die Gäste in den Katakomben der Stadt zu einem Frankfurter Buffet eingeladen, um sich untereinander in Gesprächen auszutauschen.

P.H.

EBE LANGT'S – WIR WOLLEN EURE MEINUNG!

„Wir leisten gute Arbeit und werden immer nur in den A... getreten ... 42 Stunden pro Woche wird in keinem anderen Bundesland verlangt und die Herabsetzung auf die 41 StundenWoche ist doch eine echte Lachnummer, da die Stunde gespart wird, welche auf das Lebensarbeitszeitkonto ging!!! Nutzen für den Beamten 0,00, Nachteil für den Dienstherrn 0,00!!! Wenn man sich Überstunden auszahlen lässt, liegt man nach Abzug der Steuern gerade mal knapp über dem Mindestlohn“

„Können Sie eigentlich noch mit ruhigem Gewissen in den Spiegel schauen??!! ICH könnte es nicht!!“

Sind wir Polizisten in Hessen wirklich so wenig wert??!! Tragen wir nicht im jeden Dienst auch Verantwortung??!!

Können wir nicht froh sein, immer gesund nach Hause zu kommen..??!!“

„Als Familienvater, der gerade gebaut hat und unter den ständig steigenden Kosten eh schon zu leiden hat, empfinde ich das nicht nur als Demütigung. Das ist eine lupenreine vorsätzliche Verhöhnung der tragenden Mittelschicht dieser Gesellschaft, Ihrerseits“

„Ich bin Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern. Ich arbeite Vollzeit im Schichtdienst.“

Es ist nicht nur, dass ich trotz 42-Stunden Woche Überstunden vor mir her schiebe.

Ich „darf“ für meine beiden Kinder und mich monatlich 350.-Euro!!!! private Krankenversicherung bezahlen. Aber nicht nur das. Es werden mir monatlich noch zusätzlich 18,90.- Euro für die Wahlleistung Krankenhaus abgezogen. Das schlägt für mich dem Fass den Boden aus!“

„Tatsache, dass nach nun über 10 Jahren in der A 10 keine Aussicht auf Beförderung besteht. Dazu kommt natürlich auch die Tatsache, dass z.B. ein Bundespolizist um ein vielfaches finanziell besser gestellt ist. Also mit welchem Argument sollte ich jungen Leuten zum Polizeiberuf raten – insbesondere bei der Hessischen. Polizei?“

„Auf Kosten der Gesundheit und der Familie wird Sicherheit vorgegaukelt. Und wo bleibt der Dank? Die Gefahr im Dienst verletzt oder getötet zu werden, ist so hoch wie seit der RAF nicht mehr. Aber von der allgemeinen Gehaltsentwicklung werden wir abgekoppelt“.

„Der Frust an der Basis war nie größer. Die Politik hat ihre Fürsorgepflicht schlichtweg vergessen. Die hessischen Beamtinnen und Beamten werden als Sparschwein missbraucht. Operation düstere Zukunft, kein Nachwuchs, Stellenabbau, keine Beförderungsaussichten nach der A10, rund 5000€ weniger im Jahr als ein Bundespolizist bei gleichzeitiger Erhöhung der Beihilfe (18,90€, im Vergleich zur freien Heilfürsorge bei der BPol.) Die Stimmung in der hessischen Polizei ist am Tiefpunkt angelangt“.

„Wertschätzung? Welche bitte??“

„Verspätete Besoldungserhöhungen, Nullrunden, Abschaffung des Urlaubsgeldes, Kürzung des Weihnachtsgeldes, 42-StundenWoche, Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder, obwohl Hessen ein „Geberland“ ist, stehen lediglich warme Worte gegenüber!“



„Nach 44 Dienstjahren werde ich im Herbst in den Ruhestand versetzt. Ich war lange Zeit gerne Polizeibeamter und habe mich auch mit meinem Beruf identifiziert. Im Verlaufe meiner beruflichen Vita habe ich viele Höhen und Tiefen erlebt. Was aber seit dem unsäglichen Zukunftssicherungsgesetz im Jahr 2003 mit den Landesbeschäftigten geschieht, ist beispiellos. Ich glaube, dass die CDU um jeden Preis die im Koalitionsvertrag fixierten Vereinbarungen mit dem Bündnis90/Die Grünen einhalten müssen, um keinen Koalitionsstreit zu riskieren“

„Ich kann keinem jungen Menschen mehr den Polizeiberuf empfehlen, auch vor dem Hintergrund der immer stärker werdenden Belastungen und der Geringschätzung durch die politisch Verantwortlichen“.

„Noch nie war die Wut und der Frust innerhalb der hessischen Polizeibeschäftigten so groß! „Ein Weiter so darf es auf alle Fälle nicht geben. Wacht endlich auf verehrte Regierung!“

„Es ist ein Trauerspiel, dass sich ein PP eine Plakette als „familienfreundlicher Arbeitgeber“ an die Pforte hängt und mein Sohn mich immer fragt, warum ich schon wieder nicht da bin, um mit ihm zu spielen“

„Ich bin seit 25 Jahren Polizeibeamter im Wechselschichtdienst einer Polizeistation. Ich bin jederzeit dazu bereit, auch Ihr Leben mit meiner Gesundheit zu verteidigen. Und was bekomme ich zurück...“

„Was haben wir Polizisten in Hessen verbrochen, dass wir so abgekoppelt werden? Fürsorgepflicht, Wertschätzung, Gerechtigkeit sind für diese Regierung Fremdwörter. In den anderen Bundesländern wird etwas für die Polizisten getan. In Hessen ist Stillstand“

„Die Landesregierung hat die Aktion „Hessen lebt Respekt“ ausgerufen. Dort spricht der MP von Respekt und Fairness. Ich weiß wie ich mich zu verhalten habe. Und ich bin neugierig, wie sich meine Frau, meine Schwiegereltern, meine Geschwister und, und, und zu dieser Erkenntnis stellen.“

„Als Angestellte in der EG 6 TV-H Endstufe fühle ich mich von den Gehaltstabellen der anderen ö.D.-Tabellen abgehängt. Es gibt zwar in Hessen den löblichen Kinderzuschlag, davon profitieren aber eben nur die Kollegen/innen mit Kindern“.

„Es ist genug an der Sicherheit gespart worden...aus meiner Sicht sind wir die Milchkuh der öffentlichen Hand. Milch geben, Milch geben, Milch geben.....frisches Futter, quatsch... geht auch mit altem Stroh und abgestandenem Wasser“.

BESOLDUNG IM BUNDESVERGLEICH – FAKTEN

Nein liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lassen uns nicht von den politisch Verantwortlichen unter Druck setzen und schon gar nicht als „Lügner“ oder „Verdreher von Fakten“ bezeichnen.

Wir behaupten keine Dinge, sondern wir stellen sie aus öffentlich zugänglichen Quellen einfach nur zur Verfügung.

Und so ist es auch mit der hier abgebildeten Besoldungstabelle, die alle Besoldungsgruppen von der A 9 bis A 13 abbildet.

Diese Zahlen kann man sich aus den entsprechenden Ländern mit ein wenig Rechercheaufwand zugänglich machen, jeder.

In der vergleichenden Darstellung haben wir in jeder Gruppe die letzte Erfahrungsstufe zugrunde gelegt. Ganz aktuell sind auch die bereits erfolgten Besoldungsanpassungen in BaWü und dem Bund eingepflegt, die zu Beginn des Monats Februar 2017 angepasst haben, und zwar nach oben. Kaum wurden diese Fakten durch uns veröffentlicht, gab es heftigste Reaktionen unserer Landesregierung. Und in der Argumentation dreht man sich dann die Tabellenwerte so zu recht, wie man sie gerne interpretieren möchte. Und was waren die Antworten der Vertreter der Landesregierung.

Uns wird doch tatsächlich vorgehalten, dass wir in Hessen die zweigeteilte Laufbahn haben, dass wir die beste Beihilfe bundesweit genießen, dass in Hessen so viel Personal wie nie zuvor eingestellt wurde. Dazu werden gebetsmühlenartig die Erhöhungen der DuZ (ist dies eigentlich eine Erhöhung im Bundesvergleich), die neue OPE-Zulage, die beste Ausstattung und Fuhrpark, dazu noch die hervorragende Dienstkleidung heruntergeleiert.

Was haben wir denn getan? Wir haben doch eigentlich nur offen gelegt, wie das Gehaltsgefüge in Deutschland ist. Sind die Antworten darauf nicht ein wenig weit hergeholt?

Muss denn ein Arbeitgeber, der eine hervorragende Arbeit will, seinen Beschäftigten nicht auch ordentliche Arbeitsmittel und Ausstattung zur Verfügung stellen.

Soll denn der Schutzmann hurra schreien, dass er einen neuen Funkwagen fährt? Müssen die Ermittler hoch dankbar sein, damit ihnen Software zur Verfügung steht, um Wirtschaftskriminalität be-

kämpfen zu können?

Und müssen wir uns in der Diskussion um die Besoldung eines Polizisten verhalten lassen, dass wir ja eine angemessene, wenn nicht die beste Ausstattung zur Verfügung haben?

Nein, müssen wir nicht und werden wir auch nicht.

Die Landesregierung nimmt jede Gelegenheit wahr, sich mit Erfolgen der hessischen Polizei zu rühmen, wo es nur geht. Und dies aus lediglich einem einzigen Grund, dem Eigeninteresse und der Machterhaltung.

Ich erinnere mich an die Eröffnung der neuen Polizeistation in Usingen vor einigen Monaten. Dort habe ich als Personalratsvorsitzender ein Grußwort gesprochen. Anwesend waren neben dem Innenminister Beuth auch weitere Vertreter der Koalitionfraktionen. So Holger Bellino (CDU), als Vertreter des Wahlkreises Hochtaunus I, und auch der innenpolitische Sprecher der Bündnis90/Grüne, Jürgen Frömmrich.

Herr Beuth rasterte das ab, was ich bereits zuvor beschrieben habe, ich wiederhole es an dieser Stelle nicht, aber zur Erinnerung, wir haben nach einem Umzug eine Dienststelle eröffnet.

Am Ende meiner Grußworte habe ich jedoch eindringlich darauf hingewiesen, dass es eben nicht ausreicht, so schön wie diese Dienststelle auch sein mag, die Kolleginnen und Kollegen mit Nullrunden und Lohndiktaten zu bestrafen.

Eines aber, Kolleginnen und Kollegen, geht gar nicht. Wochen später treffe ich den gleichen innenpolitischen Sprecher bei einem Termin im Landtag wieder. Und wenn mir dann in der Besoldungsdiskussion vorgehalten wird, ..."was wir (Regierung) am Beispiel Usingen für die Polizei doch alles getan haben"..., dann zeugt dies nicht von Wertschätzung und Respekt.

Zurück zur Besoldung also.

Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass verglichen mit dem Ranking in der abgebildeten Tabelle Hessen den 16. Platz in

Tabelle Grundgehalt Endstufe, Beträge in Euro Stand 6.2.2017

Bundesland / Bund	Besold.-Gr. 09 in Euro	Rang	Besold.-Gr. A10 in Euro	Rang	Besold.-Gr. A11 in Euro	Rang	Besold.-Gr. A12 in Euro	Rang	Besold.-Gr. A13 in Euro	Rang
Bund	3498,92	1	3920,94	1	4372,11	1	4814,61	1	5341,39	1
Baden-Württemberg	3266,35	2	3669,77	2	4092,77	2	4515,76	2	5016,99	2
Bayern	3175,97	3	3569,12	3	3973,40	3	4383,85	3	4872,05	3
Berlin	2987,57	11	3351,86	11	3744,46	11	4144,34	11	4616,08	11
Brandenburg	3129,51	10	3513,69	10	3911,70	10	4308,50	10	4781,76	10
Bremen	3149,50	9	3535,65	9	3930,05	9	4319,70	9	4795,21	9
Hamburg	3192,00	8	3572,46	8	3975,27	8	4378,10	8	4857,35	8
Hessen	3017,58	12	3361,10	12	3789,60	12	4167,55	12	4681,10	12
Mecklenburg-Vorpommern	3114,88	13	3493,77	13	3895,88	13	4297,62	13	4776,14	13
Niedersachsen	3315,17	4	3542,49	4	3953,24	4	4364,62	4	4852,72	4
Nordrhein-Westfalen	3215,76	5	3607,88	5	3987,06	5	4393,50	5	4876,09	5
Rheinland-Pfalz	3129,50	14	3462,74	14	3863,87	14	4264,89	14	4742,04	14
Saarland	3143,98	15	3517,25	15	3895,16	15	4291,62	15	4783,14	15
Sachsen	3343,05	6	3743,95	6	4162,53	6	4583,19	6	5083,66	6
Sachsen-Anhalt	3127,27	16	3539,46	16	3949,43	16	4379,36	16	4887,12	16
Schleswig-Holstein	3148,69	17	3572,13	17	3950,83	17	4356,86	17	4819,61	17
Thüringen	3236,08	7	3583,74	7	3990,60	7	4406,44	7	4900,71	7
Durchschnitt Bund/Länder	3381,49		3862,61		4266,81		4778,81		5280,41	
Abweichung vom Durchschnitt in Hessen	-363,91		-501,50		-477,21		-461,26		-468,31	

allen Besoldungsgruppen einnimmt und dies noch schöngeredet wird.

Kommen wir einmal zur Polizeizulage. Die Ruhegehaltsfähigkeit wurde durch eine schwarz geführte Regierung einfach gestrichen. Teile eines Polizistengehalts, die also nach meist 40 Jahren und mehr nicht mit nach Hause genommen werden können.

Andere Länder haben das erkannt und haben aktuell die Ruhegehaltsfähigkeit wieder eingeführt (NRW), Respekt!

Wenn es um die Besoldung geht, hören wir auch immer wieder, welche gute Beihilfe wir haben. Ich blende jetzt mal die 18,90 Euro Eigenanteil aus.

Man sollte aber wissen, dass derzeit 10 Länder (mit Bundespolizei) ihren Beschäftigten eine Heilfürsorge gewähren. Lediglich 7 Länder setzen noch auf die Beihilfe. Dazu kommt, dass von diesen 7 Ländern 6 eine 40-Stunden-Woche haben.

Alleine das Wort Beihilfe ist in der Öffentlichkeit so bewertet, als bekämen Beamte etwas „obendrauf gepackt“. Dass dies nicht so ist, wissen wir alle.

Nebenbei bemerkt fehlt auch völlig der Arbeitgeberanteil zur Krankenvorsorge, denn Beihilfe wird schließlich nur gewährt, wenn man krank ist.

Aber dafür erhöhen ja derzeit die privaten Kassen auch noch sehr heftig ihre Beiträge. Das alles einer kleinen Polizistenfamilie zu erklären, ist unmöglich und schon gar nicht mit den Antworten der hessischen Landesregierung.

Wir sind sehr gespannt, ob die Landesregierung von ihrem Vorhaben der weiteren Lohndiktate abrückt oder ihren Weg gnadenlos weiter beschreitet.

Uns werden sie jedenfalls als kritischen Begleiter nicht verlieren, versprochen. ■

Peter Wittig

EBE LANGT'S – WIR WOLLEN EURE MEINUNG!

„Sie lassen uns im Stich ! – Die, die sich jetzt im Dienst befinden, haben die höchste Belastung, die es je gab. Planstellen sind nicht besetzt und die Ausbildung der zukünftigen Polizeibeamten haben wir zusätzlich, unter unwürdigen Bedingungen zu stemmen. Als Belohnung weniger Geld. Und dann behaupten sie noch wahrheitswidrig und von der GdP mit Zahlen belegt, dass Hessen in der Besoldung im Mittelfeld liegt!

In meiner Familie, Verwandtschaft und Freundeskreis ist klar. – Nie wieder Schwarz.Grün!“

„Jedes andere Bundesland übernimmt die Tarifierhöhung der Angestellten. Nur Hessen nicht. Dafür bekommen CDU-Mitglieder in Wiesbaden ominöse Posten im Ministerium geschaffen. Oder es werden hoch besoldete neue Abteilungen in den Ministerien kriert. Dafür ist Geld da.“

„Wertschätzung =

Ansehen, Achtung, Anerkennung.

Mir würde es schon reichen, dass diese Regierung aufhört, immer neuere Wege zu finden unsere Gehälter zu kürzen.....

Irgendwann ist genug auch GENUG...“

„Außer netten Sprüchen, für die sich keiner etwas kaufen kann, kommt nichts. Die ständigen Versuche von Herrn Beuth, die hessische Besoldungsentwicklung schön zu reden, nerven nur noch. Ich hoffe auf einen Regierungswechsel und eine Rückkehr zur Tarifgemeinschaft der Länder. Das Staatsziel "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" ist gerade im Schichtdienst nicht zu realisieren. Es fällt immer schwerer, mich selbst und meine Mitarbeiter zu motivieren.“

„Kommen sie ihrer Fürsorgepflicht mit ein wenig Wertschätzung nach und trampeln nicht ständig auf unserem Rücken herum. Insbesondere Herr Al Wazir sollte sich mal daran erinnern, wie er zu Oppositionszeiten pro Polizei war. Mittlerweile merkt man, dass das leider nur leeres Gerede war.“

„In 42 Dienstjahren musste ich mich an der Startbahn mit Bürgern prügeln und mit Schrauben und Muttern beschießen lassen. Ich habe während der RAF-Zeit hunderte Überstunden geleistet und am Flughafen nachts in Eiseskälte Maschinen bewacht.

Ich hatte leider zu keiner Zeit das Gefühl, dass die Politik würdigt was die Polizeibeamten leisten. Man hat uns das Weihnachts- und Urlaubsgeld gestrichen, Besoldungserhöhungen kamen kaum über 1,5 % hinaus. Soviel zur Wertschätzung.“

„Ich bin jetzt seit 2002 auf der Straße als Streifenpolizist und ich muss sagen, dass unser System heruntergewirtschaftet wurde. Die Dienstgruppen laufen auf Sparflamme, durch Dauerkrankte, Abordnungen zu anderen Einheiten, Mehrbelastung durch Einsätze, Lehrgänge, um auf die neuen Situationen (Terror) besser zu reagieren. Ich mag meinen Beruf, ich helfe gerne. Was ich nicht mag, sind die Knüppel, die man zwischen die Beine geworfen bekommt.“

„Ich bin nun seit etwa 7 1/2 Jahren als Polizist für das Land Hessen tätig und werde in den nächsten Wochen meine Uniform an den Haken hängen, denn mir langt's. Mir sind alleine im Bereich der Polizeidirektion Hochtaunus zwei weitere Kollegen bekannt, welche ebenfalls mit dem Polizeidienst abgeschlossen haben und aufhören. Was also bewegt junge, gut ausgebildete Menschen einen vom Grundsatz sehr interessanten und abwechslungsreichen Beruf zu verlassen? Ganz einfach, eine miserable Personalpolitik in Verbindung mit einem Besoldungsdiktat!“

„Liebe Politiker, würdet ihr den Job machen bei dieser Bezahlung?“

„Im Dienst sprechen uns die Bürger immer wieder an. „Euren Job würde ich nicht machen wollen, bei dem was die Politik mit euch macht. Wacht bitte endlich auf!!

Wir alle brauchen eine gute Polizei!“!



„Liebe Politiker, das Wort WERTSCHÄTZUNG

einfach mal googeln. Dann überlegen und dann ordentlich schämen.“

„Ich werde voraussichtlich den Dienst quittieren und in die freie Wirtschaft wechseln. Bezahlung, Anforderung, Rückhalt und Freizeit stehen in keinem vertretbaren Verhältnis mehr. Berufung und kein Job... Wenn allerdings Kollegen aus anderen Bundesländern wesentlich mehr Geld in der Tasche haben und ich mich in einem der reichsten Bundesländer überhaupt befinde, verliere ich die Lust.“

„Wer auf der Spitze des Berges sitzt, bekommt die meiste Sonne ab. Wer zulange in der Sonne sitzt, vergisst den Schatten.“

„Eine Perspektive für studierte Kollegen im Schichtdienst ist kaum vorhanden.“

„Die Führungskräfte versuchen die Mitarbeiter durch Gesundheitskurse, Sportangebote und Vorsorgeuntersuchungen fit zu halten für die Arbeit, oder die heutigen Anforderungen. Eigentlich sollte die Arbeit fit gemacht werden damit sie dem heutigen Menschen entspricht.“

„Besoldungserhöhungen im einprozentigen Bereich trägt weiter zu Demotivierung bei. Da klingt es vom Innenminister geradezu verlogen, die Zahlen der Gewerkschaft bezüglich der Besoldung im Bundesvergleich als unrichtig darzustellen. Beförderungen finden vorzugsweise im Tagesdienst und in der Nähe der Behördenleitung statt.“

„Es zählen nur noch die nackten Zahlen und nicht mehr der Bürger. Es wird nicht mehr geschätzt, dass man z.B. bei der Vermisstensuche, Angehörigenbenachrichtigung usw. Zeit in das menschliche Miteinander investiert hat.“

WERTSCHÄTZUNG? HIER EIN PAAR VORSCHLÄGE...

Seit jeher kämpfen die Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, angemessene Besoldung und vor allem um eine Wertschätzung für ihre Beamtinnen und Beamten. Das gelingt mal besser, mal schlechter. In den letzten Monaten ist dieses Thema wieder verstärkt in den Fokus der Medien geraten. Angefangen von einer historischen Flüchtlingswelle, die angetrieben von verfassungsrechtlich fragwürdigen, politischen Entscheidungen den deutschen Staat und seine Sicherheitsorgane förmlich überrannt hat bis hin zu einer hohen Terror- und Anschlagsgefahr, die die Polizei mangels Nachwuchs zu Überstunden zwingt, zeigt sich die Belastung der Polizei immer mehr in der Öffentlichkeit. Es ist eine Debatte ins Rollen gekommen, die von zwei Lagern geführt wird: Exekutive und Legislative. Kläger und Beklagte nennt man das bei der Justiz. Und auch die ist sicher nicht ganz unschuldig, aber darauf auch noch einzugehen würde wohl den Rahmen sprengen (Stichwort: Strafraumen ausschöpfen).

Aktuell finden wieder Tarifgespräche im öffentlichen Dienst der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) statt. Die Gewerkschaften und Arbeitnehmer fordern 6 Prozent Lohnerhöhung (Stand 02.2017), die Arbeitgeberseite, unsere allseits beliebten und geschätzten (Ironie aus) Politiker lehnen dies natürlich als völlig überzogen ab. Stattdessen werden die Makel, die durch Gewerkschaften und Mitarbeiter angeprangert werden, als zweifelhaft und unglaubwürdig abgewiesen. Hessens Regierung, welche bekanntermaßen aus der TdL ausgetreten ist und sein eigenes Süppchen kocht, verfolgt die Diskussion sehr genau, schließlich kommt auf sie ebenfalls das ein oder andere Gespräch zu. Doch schon jetzt äußert man sich in Landtagssitzungen zu dem Thema "Innere Sicherheit". Die Bezahlung in Hessen sei in einem guten Mittelmaß. Dagegen zeigen die Berechnungen der Gewerkschaften etwas ganz anderes. Wir stehen in Hessen, immerhin Geberland im Länderfinanzausgleich, auf dem vorletzten Platz. Nur die Pleitegeier aus Berlin zahlen minimal schlechter. Anderswo verdient ein Polizeibeamter mehrere hundert Euro mehr im Monat. In Hessen sind die 42-Stunden-Woche, keine freie Heilfürsorge wie in einigen anderen Ländern, etc. nicht eingerechnet. So sähe es noch schlimmer für uns aus. Wie die Berechnungen der Politik zustande kommen, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber jeder von uns weiß, dass man sich alles schön rechnen kann. Wie heißt es doch so schön, traue nur der Statistik, die du selbst gefälscht hast. Der Frust in den Reihen der hessischen Polizei ist mittlerweile unerträglich. Aber auch solche Hilferufe werden von der Politik nicht ernst genommen und völlig ignoriert.

Das passt einfach nicht ins Bild einer erfolgreichen Regierung. Aber liebe Politiker, es entspricht der Wahrheit. Und das wissen sie. Tagtäglich schimpfen meine Kolleginnen und Kollegen über Sie!! Immer mehr abzuverlangen, ohne die erforderliche Wertschätzung zu zeigen, geht auf Dauer nicht gut. Da können Sie in Ihren Plenarsitzungen zur inneren Sicherheit noch so geschwollene Reden schwingen, es nimmt Ihnen niemand mehr ab. Und es hilft auch niemandem. Echte Wertschätzung sieht anders aus:

- **Reduzierung der Wochenarbeitszeit**
- **angemessene Erhöhung der Besoldung im Rahmen Ihrer Fürsorge- und Alimentationspflicht**
- **radikaler Abbau des A10er Bauchs - warum keine Regelbeförderung in die A11?**

Als einen Schlag ins Gesicht empfand ich kürzlich eine Aussage eines hessischen Politikers: "Hessens Beamte müssen nicht am Hungertuch nagen." Ob man damit auch die Kommissare in der Besoldungsstufe A9 meinte oder nur die Herrschaften in den Amtsstuben der Ministerien, die nach Besoldungsordnung B besoldet werden? Nein, wir müssen (Gott sei Dank) nicht hungern, aber letztlich muss man sich doch heutzutage ganz genau überlegen, ob man sich für 2000,-€ mtl. solchen Gefahren aussetzt, die der Polizeiberuf mit sich bringt. Derartige Aussagen zeigen doch ganz deutlich die Arroganz, die in den Reihen der Politik mittlerweile herrscht. Ziehen Sie sich eine Uniform an und fahren Sie am Wochenende Streife in den Ballungsräumen Ihres Landes. Lassen Sie sich schlagen, beleidigen, bespucken, bedrohen. Man muss der Realität ins Auge sehen.

Als Beamte dürfen wir nicht streiken, das verbietet das besondere Treueverhältnis zu unserem Dienstherrn. Dieser Verpflichtung sind wir uns bewusst. Der Dienstherr wiederum hat sich einmal verpflichtet, Beamte sowie ihre Familien im Umkehrschluss lebenslang angemessen zu alimentieren und ihnen (...) entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren. Mit Nullrunden und 1%-Almosen bei gleichzeitig sprudelnden Steuereinnahmen erkennt auch der Blindeste unter uns, dass man so dem Alimentationsprinzip wohl kaum nachkommen kann. Die rechtliche Würdigung übernehmen nun Verwaltungsgerichte. Ich sehe den Urteilen durchaus positiv entgegen.

Was mir weiter fehlt, ist die Rückendeckung unserer Vorgesetzten. Ein Präsident, ein Leiter der

Abteilung Einsatz, ranghohe, einflussreiche Mitarbeiter, die sich offen gegen die Fehlpolitik und schützend vor ihre Mitarbeiter stellen. Menschen mit dem berühmten A... in der Hose. Leute, die auch mal eine Veranstaltung verbieten, weil nicht genügend Personal zur Verfügung steht. Stattdessen befinden wir uns inmitten eines Systems, das letztlich nur Angst schürt und Druck auf die Beamten ausübt. Du willst Karriere machen, mal irgendwann 'nen Sternchen mehr auf der Schulter tragen, dann tue, was man Dir abverlangt und stelle keine kritischen Fragen. Kontrollen ohne Ende, Sondermaßnahmen, Hauptsache irgendwie von der Masse absetzen. Und das alles zusätzlich zu Fußballeinsätzen, Demos und anderen Einsätzen außerhalb des Regeldienstes. Alles wird heutzutage möglich gemacht, dienstfrei gestrichen, Urlaubssperre. Ich wünsche mir Führungspersonal, dass auch mal eine Veranstaltung verbietet, weil das erforderliche Personal zur Wahrung der Sicherheit nicht gestellt werden kann.

Das System krankt, und lange wird es nicht mehr gut gehen. Immer mehr Arbeit, mehr Druck, und das ohne jegliche Perspektive, keine Hoffnung auf Beförderungen, Stellenanhebungen. Irgendwann hat man sein Limit erreicht. Burnout nennt man das dann.

UNSERE KONTINUITÄT FÜR IHRE ZUKUNFT



SOCIETE GENERALE IN DEUTSCHLAND

PRÄSENT SEIT 1886 • CORPORATE & INVESTMENT BANKING • SECURITIES SERVICES • ONLINE BROKERAGE
SPECIALISED FINANCING • TRANSACTION BANKING
MEHR ALS 3100 MITARBEITER • EIN TEAMGEIST

SOCIETEGENERALE.DE



BUILDING TEAM SPIRIT
TOGETHER

WARNSTREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST

2000. KOLLEGEN AUF DER STRASSE

In den laufenden Tarifverhandlungen legte Innenminister Peter Beuth noch kein Angebot vor und so zeigte ein Teil der Belegschaft des öffentlichen Dienstes dass wir uns nicht abspesen lassen mit der Aussage, unsere Forderungen seien viel zu hoch.

Wer meint, die unteren Einkommensgruppen seien im Europavergleich noch gut bis sehr gut bezahlt, hat die Realität aus den Augen verloren.

Wer im Hinblick auf die sprudelnden Einnahmen die US-Wahl, den Brexit und den Länderfinanzausgleich als unsichere Wirtschaftslage anführt, hat in der Realität keine Ahnung was es heißt, mit der EG 3 – EG 6 TV-H eine Familie ernähren zu müssen.

Lohnerhöhungen fallen nicht einfach vom Himmel – sie müssen hart erkämpft werden.

Daher hört einfach mal auf zu Fragen, was tut ihr Gewerkschaften für uns, sondern tretet einfach mal selbst für eure Forderungen ein und zeigt, dass das Maß voll ist. Es ist immer hilfreich der Landesregierung zu zeigen, dass wir uns nicht weiter mit Almosen abspesen lassen...

Die 3. Verhandlungsrunde für den TV-H findet am 02. – 03. März 2017 in Dietzenbach statt.

An dieser Stelle wünschen wir den Verhandlungsführern aller DGB-Gewerkschaften ein optimales Tarifergebnis.



FLAGGE ZEIGEN ZUR 3. VERHANDLUNGSRUNDE TDL

Zur dritten und womöglich entscheidenden Verhandlungsrunde wurden die TdL-Verhandlungsführer von zahlreichen Demonstrantinnen und Demonstranten in Potsdam lautstark empfangen.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Tarif- und Besoldungsrunde 2017 der Länder Verbesserungen im Gesamtvolumen von sechs Prozent

Für die GdP verhandelt in der sogenannten „Spitze“ der Bundesvorsitzende Oliver Malchow und seine für Tarifpolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand verantwortliche Stellvertreterin, Kerstin Philipp.

In den Tarifverhandlungen vertritt die mit 180.000 Mitgliedern weitaus größte deutsche Arbeitnehmervertretung der Polizei rund 16.000 in der GdP organisierte Tarifbeschäftigte bei den Länderpolizeien.



Kerstin Philipp und Oliver Malchow

Ergebnis vom 17.02.2017:

Erhöhung Tabellenentgelte des TV-L:

01.01.2017 = 2,0% mind. 75€

01.01.2018 = 2,35 %

Azubis:

01.01.2017 = 35 €

01.01.2018 = 35 €

29 Tage Urlaub

In den Entgeltgruppen 9-15 wird eine neue Stufe 6 ausgebracht.



GDP FORDERT DIE EINFÜHRUNG VON „TASERN“

ANDESVORSTAND BESCHLIESST DIE FORDERUNG EINES PROBELAUFES IN HESSEN

Der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei Hessen hat sich in seiner Sitzung am 2.2.2017 für einen Probelauf zur Einführung von Distanz-Elektro-Impuls-Geräten (DEIG) über die Spezialeinheiten hinaus ausgesprochen.

Am 19.1.2017 veranstaltete die GdP Hessen eine Expertenanhörung zu diesem Thema, um die rechtlichen, polizeitaktischen und medizinischen Hintergründe zu erörtern und mit Fachleuten zu diskutieren.

Nun hat sich der Landesvorstand entschieden, einen entsprechenden Antrag an Innenminister Peter Beuth zu richten, um einen Probelauf zur Einführung von DEIG im polizeilichen Einzeldienst zu erreichen.

Wir werden einen entsprechenden Antrag an Innenminister Peter Beuth richten, um einen Probelauf zur Einführung von DEIG im polizeilichen Einzeldienst zu erreichen.

Das umgangssprachlich mit dem Namen der Herstellerfirma „TASER“ bezeichnete DEIG wird in Hessen bisher nur bei den Spezialeinheiten der Polizei verwendet. Am 19.1.2017 veranstaltete die GdP Hessen eine Expertenanhörung zu diesem Thema, um die rechtlichen, polizeitaktischen und medizinischen Hintergründe zu erörtern und mit Fachleuten zu diskutieren.

Die im hessischen Polizeirecht zugelassenen Waffen und die Hilfsmittel der körperlichen Gewalt könnten durch die Einführung des DEIG sinnvoll ergänzt werden. Die vorhandene Lücke zwischen Schlagstock oder Pfefferspray und der Schusswaffe würde durch ein DEIG geschlossen werden.

Es handelt sich bei dem Gerät um ein halbautomatisches Distanz-Elektro-Impulsgerät. Es verschießt an dünnen Drähten befindliche, nadelähnliche Pfeile, welche mittels Laserpointer-Visierung eine hohe Handlungs- und Treffersicherheit ermöglicht. Das DEIG bewirkt nach dem Auftreffen der Pfeile durch Stromimpulse (0,0013 bis 0,0036 A), eine sofortige Muskelblockade und eine komplette Handlungsunfähigkeit, die ca. fünf Sekunden anhält.



Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge ist die Benutzung bei bestimmungsgemäßem Gebrauch unschädlich und für den Menschen ungefährlich.

Nach Ansicht der GdP Hessen könnten mit der Einführung eines DEIG künftig Schusswaffengebräuche verringert und damit auch die Folgen der Ausübung unmittelbaren Zwanges reduziert werden.

Die GdP Hessen spricht sich daher für einen Probelauf von DEIG bei der hessischen Polizei über die Spezialeinheiten hinaus aus.

Vor einem Probelauf ist die rechtliche Einordnung zweifelsfrei zu definieren. Neben einer Einsatz- und Anwendungskonzeption muss auch ein Ausstattungskonzept erstellt, sowie die vorbereitende Aus- und Fortbildung in die polizeilichen Einsatztrainings implementiert werden.

Ergebnis der Expertenanhörung

Die GdP Hessen führte am 19. Januar 2017 eine etwa 4,5-stündige Fachveranstaltung zum Thema DEIG (Distanz-Elektro-Impuls-Gerät) durch. Viele Kolleginnen und Kollegen hatten sich in der letzten Zeit an die GdP gewendet und das Thema zu einer möglichen Einführung hinterfragt. Bereits länger sind wir in der Diskussion und bauen auf eine gründliche Fachbewertung, anstatt auf aussageleise Parolen, wie wir es von anderen Gewerkschaften hören und lesen.

Über 64.000 Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten bundesweit, davon alleine 3.000 in Hessen im Jahre 2015 sprechen hier eine deutliche Sprache.

Sachlichkeit vor Schnelligkeit, Qualität in der Vorbereitung einer Forderung an

die Politik, das waren unsere Leitplanken in dieser Themenbewertung.

Die gleiche Vorgehensweise pflegen wir übrigens auch bei unserer Forderung nach einem Schutzparagrafen für Polizei und Rettungsdienste. Mehr dazu auch in diesem Heft.



Der Landesvorsitzende der GdP Hessen, Andreas Grün, begrüßte über 100 Teilnehmer im Wiesbadener Dorint-Hotel und blickte auf einen voll besetzten Saal.

Neben den innenpolitischen Sprecher/innen aller im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen, im Einzelnen Alexander Bauer für die CDU, Jürgen Frömmrich für das Bündnis90/Grüne, Nancy Faeser für die SPD, Wolfgang Greilich für die FDP und Hermann Schaus für Die Linke, galt sein besonderer Gruß an den Landespolizeipräsidenten Udo Münch und die anwesenden Präsident/innen aller Präsidien und Behörden.

In einem Impulsreferat zeigte Grün die themenbezogene Grundlage der Diskussion um das DEIG, im Sprachgebrauch auch als „Taser“ bekannt.

Es gibt eine bundesweite Diskussion um die Einführung in die Verwendungspraxis

der Polizeien in den Ländern, und dies nicht erst seit den jüngsten Ereignissen.

Das DEIG ist in allen Diskussionen nicht unumstritten. 15 europäische Länder haben es bereits in der Ausstattung ihrer Polizeien integriert.

Eine der wichtigsten Bewertungen ist die Frage der Einstufung in den Polizeigesetzen der Länder, also die Zuordnung als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt, Waffe oder gar Schusswaffe.

Zentraler Punkt in der Positionierung der GdP ist zudem der Bereich der Ausbildung, Schulung, Fortbildung und Einsatzkonzeption.

Gründlichkeit vor Schnelligkeit, nach diesem Motto hat sich bereits der Bundesfachausschuss der GdP mit diesem Thema in einer Arbeitsgruppe befasst.

Wir nehmen den Ball nun mit dieser Startveranstaltung auf und werden eine hessische GdP-Position in die politische Diskussion überführen.

Während andere inhaltslos fordern, beschäftigen wir uns mit der Sache und bauen auf unsere eigene Fachkompetenz und die Expertenmeinungen derer, die zum Beispiel bei dieser Expertenanhörung Gastreferenten waren.



In einem Grußwort bedankte sich der Landespolizeipräsident Udo Münch bei der GdP und zeigte sich sehr erfreut und dankbar über die gewerkschaftliche Befassung mit diesem Thema.

Den sog. Taser gibt es schon weit über 20 Jahre, ist aber mit dem heutigen Stand wesentlich fortschrittlicher geworden. Die derzeitige Bewertung zeigt deutlich, dass es in der Bewertung der polizeilichen Einsatzintervention ein außerordentlich taugliches Mittel ist.

Die Bewältigung unserer täglichen, besonderen Einsatzsituationen, ist in einem 4-stufigen Verfahren aufgebaut.

Er stellt deutlich hervor, dass es aber die zuerst verfügbaren Einsatzkräfte sind, die in solchen gefährlichen Lagen zu allererst gefordert sind.

Unsere Kolleginnen und Kollegen des Streifendienstes werden also grundsätzlich diejenigen in der Lageerstattung

sein, Spezialkräfte werden in Regel danach an- und nachgefordert.

LPP Münch hält den DEIG für ein sehr gutes Einsatzmittel und positioniert sich für eine Bewertung als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt. Das Gerät, welches derzeit auf dem Markt verfügbar ist, hält er für die polizeilichen Bedarfe als absolut tauglich.

Er wünschte der Veranstaltung einen guten Verlauf mit sachlichen Diskussionen und einer Positionierung der GdP Hessen im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen.



Für den Bundesfachausschuss Schutzpolizei der GdP Bund (BFA-S), referierte unser Kollege Neureuther aus Rheinland-Pfalz.

Er ist Direktionsleiter einer größeren Polizeiabteilung (PI Andernach) und war Mitglied der AG Taser der GdP.

Zu Beginn teilte er mit, dass sich die GdP sehr lange kritisch und eher zurückhaltend mit dem Thema DEIG befasst hat. Bis vor etwa 1 Jahr existierte eher eine ablehnende Stimmungslage.

Es ging im Grundsatz darum, nicht eine „haben muss“ - Diskussion zu führen, sondern eine sachliche Auseinandersetzung war erforderlich. Im Jahr 2016 gab es dann die Vorbereitung für ein Positionspapier der GdP zum Thema. In der waffenrechtlichen Bewertung ist das DEIG keine Schusswaffe, jedoch eine Waffe (auch explizit als DEIG so benannt).

Die Grundlage für den Einsatz der Geräte ist immer eine kontrollierbare Lage. Bei Einsatzlagen wie Demos oder in Fußballstadien kann dies somit nicht zielführend sein. Das DEIG bewirkt eine sofortige Muskelblockade und eine komplette Handlungsunfähigkeit, die mehrere Sekunden anhält.

Nach seinen sehr intensiven Darstellungen fasste er kurzum zusammen, dass das DEIG eine sehr positive Begleitung durch die GdP erfährt.

Zentrale Punkte in der Diskussion sind jedoch die Parameter der Einsatz- und Anwendungskonzeption, ein Ausstat-

tungskonzept und die vorbereitende Aus- und Fortbildung in den polizeilichen Einsatztrainings.



Als äußerst fachkompetenten Ansprechpartner in Hessen konnten wir Polizeirat Jürgen Sohnmann, Polizeiakademie Hessen, dort Ausbildungsleiter SE, für seine Einschätzungen gewinnen.

Auch wenn sein Vorredner ihm einige seiner vorbereiteten Darstellungen bereits vorweg nahm, referierte Jürgen in seiner ihm eigenen Art und Weise über die Grundkonzeptionen und die bestehenden Einsatzmittel bei der hessischen Polizei.

Dass ein Redekonzept hierzu nicht notwendig ist, zeigte er in seiner „freien Art der Kommunikation“, gepaart mit einem Erfahrungsschatz jahrzehntelanger Tätigkeiten zu diesen Fachthemen.

Die Schwerpunkte in der Anwendung aller unserer Einsatzmittel liegen bei den Menschen, also unseren Kolleginnen und Kollegen.

Unabhängig davon, ob Schlagstock, Pfefferspray, Schusswaffen oder möglicherweise auch ein DEIG, also ein Taser, eingesetzt werden, es wird immer der Mensch gefordert sein, der auf ganz bestimmte Situationen reagieren muss.

Sondereinheiten der Polizei benötigen einen Werkzeugkasten unterschiedlichster Einsatzmittel, der auch in vielen Bestückungen vorhanden ist.

Hierzu gehört auch ein Taser. Jürgen sieht dieses Einsatzmittel als sinnvolles Instrument, aber zielgerichtet für die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst.

Er unterstützt umfänglich die Verfügbarkeit von DEIG'en bei der hessischen Polizei, jedoch nicht als Mannausstattung, sondern in einer schnellen Verfügbarkeit bei bestimmten Lagen.

Diese taktischen Begebenheiten kennen wir heute bereits von den Interventionskräften in der Polizei.

Als langjähriger Fachmann auf diesem Gebiet sieht er ein pilotiertes Verfahren als sinnvoll an, um Erfahrungen bei unseren Einsätzen zu erhalten.

Wir haben von Jürgen Sohnmann einen eindrucksvollen Vortrag mit einer klaren Position für die Verwendung eines DEIG im Polizeibereich bei den entsprechenden Erstkräften gehört.

Er wies aber sehr eindringlich darauf hin, dass es zunehmend nicht mehr möglich sein wird, ohne weiteres Aus- und Fortbildungspersonal alle Aufgaben zu bewältigen. Die derzeitigen Beschulungen sind bereits im Grenzbereich des Leistbaren.

Weitere Einsatzmittel wie das DEIG erfordern einen entsprechenden personellen Zuwachs, den es einzufordern gilt.



Ein Appell, der auch an die anwesenden politischen Vertreter gerichtet war.

LtPD Johann-Markus Hans, der Leiter des Polizeitechnischen Instituts der DHPol in Münster folgte als nächster Referent.

Der lebendige Vortrag des GdP-Kreisgruppenvorsitzenden des PTI der DHPol begann mit den wissenschaftlichen Entwicklungen und Gutachten zur Gefährlichkeit von DEIGen.

Im Ergebnis aller bekannten Studien steht für ihn die wichtigste Aussage im Vordergrund:

„Ein DEIG ist bei bestimmungsgemäßem Gebrauch unschädlich und für den Menschen auch ungefährlich!“

Es handelt sich bei diesem Einsatzmittel um eine klassische Distanzwaffe, keine Kontaktwaffe. Dies wird in der öffentlichen Darstellung oftmals verwechselt bzw. verkannt.

Kollege Hans stellte in seiner Darstellung die Problematik bei der Einstufung des DEIG unterhalb der Schwelle zur Schusswaffe dar und kommt in der Folge auch zu den Argumentationsproblemen bei der Rechtfertigung der Wahl des mildesten Mittels bei der Einstufung als Waffe/Schusswaffe. Er persönlich bevorzugt die Einstufung als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt.

Ein DEIG wirkt bei allen Menschen. Körperliche Gewalt, Pfefferspray, aber auch Schusswaffeneinsatz zeigt bei manchen Menschen aufgrund von psychischen, al-

kohol- oder drogenbedingten Beeinträchtigungen keinerlei Wirkung.

Das DEIG ist in solchen Fällen ein absolut verlässliches Instrument.

Er legte neben der positiven Begleitung einer polizeilichen Ausstattung aber gro-



ßen Wert auf die Ausstattung in Funkwagen, nicht als Mannausstattung.

Für einen Ausflug in die rechtlichen Begleitumstände konnten wir anschließend Christian Hoffmeister, Jurist des GdP Bundesvorstandes gewinnen.

Christian referierte über das zwar trockene, aber absolut notwendige Feld der juristischen Bewertung.

Seine Darstellungen gaben die umfangreiche Bewertung der Arbeitsgruppe der GdP Bund wieder, die die verfassungs- und polizeirechtlichen Aspekte berücksichtigten.

Im Endergebnis der AG DEIG begleitet die GdP die Einführung positiv und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Im Sinne des WaffG ist das DEIG eine verbotene Waffe. Die polizeirechtlichen Bewertungen sind hiervon unabhängig.

In Bezug auf das Polizeirecht in Hessen lässt § 55 Abs. 4 HSOG weitere Waffen zu, wenn die Wirkung nicht größer ist als die der Schusswaffe. Näheres wäre in Verwaltungsvorschriften zu regeln.

Regelungen aus anderen Ländern und Kommentarliteratur lässt eher auf die Einstufung als Waffe (Hilfsmittel) schließen, jedoch immer i.S.d. Polizeirechts.

Hoffmeister gab aus Sicht des Juristen eine Bewertung zur Güterabwägung der verfassungsrechtlichen Grundlagen im Abgleich mit bestehendem Polizeirecht.

Zusammenfassend bewerte er die Einführung des DEIG als hilfreich für die Polizei, da es bei bestimmten Einsatzsituationen die Anwendung der Schusswaffe verhindern, und somit folgenschwerere Verletzungen verhindern kann.

Seine Auffassung ist, dass eine klare gesetzliche Rechtsgrundlage im HSOG geschaffen werden muss.

Er präferiert die Einstufung als „Polizeiwaffe“, die keine Mann- sondern Fahr-



zeugausstattung sein sollte.

Der Abschluss mit einem sehr großen Praxisbezug war dann Martin Textor, LtPD a.D. und ehemaliger Leiter des SEK Berlin, vorbehalten.

Martin war über seine fast gesamte Dienstzeit bei der Berliner Polizei verantwortlich für Sondereinheiten.

Bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2005 leitete er SEK-Einheiten als Verantwortlicher des höheren Dienstes an unterschiedlichen Stellen. Er verfügt über einen riesigen Erfahrungsschatz und ist nebenbei seit über 52 Jahren treues GdP-Mitglied!

„Der Taser ist in der Folge nach dem Einsatz eines der mildesten Mittel, die überhaupt zur Verfügung stehen“, so seine klare Überzeugung.

Das DEIG erzeugt für 5 Sekunden eine völlige Handlungsunfähigkeit und hat keine negativen gesundheitlichen Folgen aufgrund des Einsatzes des Gerätes.

Er plädiert für die Einstufung im Polizeirecht als Waffe, die nur in bestimmten Fällen zum Einsatz kommen darf. Diskussionen über die rechtlichen und taktischen Möglichkeiten der Einführung hält er für völlig überflüssig. Diese sind jahrelang geführt worden und abgeschlossen.

Zielgruppe der Auszustattenden sollten die erst befassten Kolleg/innen sein, also i.d.R. der Wach- und Streifendienst.



Tasereinsatz im Praxisbetrieb an einer Stoffpuppe

In Berlin wurde der Pilotversuch beim SEK abgeschlossen, seit Dezember 2016 konnte der Innensenator überzeugt werden, diesen Piloten auf den Streifendienst auszuweiten! In 2 Polizeiabschnitten werden nun 20 Freiwillige des Schichtdienstes mit Tasern ausgestattet.

Terrorabwehr ist nur die Spitze der inneren Sicherheit. Unsere Kolleg/innen werden im täglichen Dienst tausendfach mit Situationen konfrontiert, die den Einsatz eines Tasers möglich machen. In 100

Ländern der Welt werden ca. 3,5 Mio. Geräte eingesetzt, auch die präventive Wirkung ist immens.

Am Ende seines Vortrages führte er gemeinsam mit einem Kollegen aus unseren Reihen den beeindruckenden Einsatz eines Tasers live an einer Puppe vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die GdP Hessen wird sich weiter intensiv mit dieser Sachdiskussion befassen. Wir haben nicht nur den Innenminister mit unserer Forderung angeschrieben, wir bauen auch

auf den Transport unserer Fachkompetenz durch die anwesenden innenpolitischen Sprecher aller Fraktionen.

Pausengespräche haben sehr deutlich gemacht, dass man sich einer solchen Diskussion nur stellen darf, wenn sie mit Fachwissen und auch stichhaltigen Argumenten vorbereitet und belegt ist.

Die GdP hat dies mit ihrer Expertenanhörung als Abschluss mehr als belegt.

Wir bleiben am Ball. ■

Peter Wittig

GELD GIBT ES NICHT, ABER HALTEN SIE DURCH!

Vor kurzem blätterte ich in einer Zeitung. Hierbei sprang mir eine Überschrift so regelrecht ins Auge.

Die Überschrift von einem kurzem Artikel lautete: Geld gibt es nicht, aber halten Sie durch!

Diesen Spruch sagte der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew den Rentnern auf der Halbinsel Krim. **Damit bescherte er Russland den Spruch des Jahres 2016.**

Wenn ich an diese Worte denke, kommt mir das „arme„ Hessen in den Sinn.



In Hessen werden die Beamten genauso behandelt.

Wir müssen auch durchhalten.

Der Innenminister hat für uns nichts übrig. Er sieht nur die Schuldenbremse. Die Polizisten dürfen das ausbaden. Nullrunde, jetzt 1 % Erhöhung der Besoldung bis auf weiteres, Beihilfekürzungen. Da kommt Freude auf.

Die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, die Mieterhöhung, die Inflationsrate dürfen nicht vergessen werden. Da kommt keine Null raus, sondern dickes Minus. Aber wir halten durch.

Wie kann man nur mit seinen Beschäftigten so umgehen? Fürsorgepflicht

abgehakt, Wertschätzung abgehakt. Keine Besserungen in Sicht. Dieses Jahr ist aber ein Wahljahr. Die Bundestagswahl findet im September statt. Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst laufen schon. Es werden 6 % gefordert. Das Tarifergebnis muss dann auch auf die Beamten übertragen werden. In allen Bundesländern wurde was für die Beamten getan. Nur in Hessen laufen die Uhren anders. **Hessen rutscht ab wie eine Flunder.** Das Schlusslicht ist Berlin.

An vorletzter Stelle rangiert Hessen! Wir müssen das schlucken. Die Polizeibeamten halten in Hessen durch. Es werden Stunden geschrubbt, weil viele Dienste und Einsätze anstehen. Im Jahr 2017 wird wieder viel von den Polizeibeamten abverlangt. Großveranstaltungen (Karnevalssumzüge, Wahlveranstaltungen, große Sportveranstaltungen, ständig Demonstrationen unter anderen) müssen geschützt werden. Es wird noch mehr Personal eingesetzt. Nur das Personal fehlt.

Es ist prima, dass jetzt einige Polizisten eingestellt werden. Die Polizeibeamten müssen erst ausgebildet werden, in drei Jahren stehen diese Kollegen dann zur Verfügung. Viele Beamten müssen ihre Freizeit opfern, Überstunden werden aufgebaut. Aber unser Innenminister hat ja etwas für uns getan. Die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten wurde erhöht. Das ist natürlich nicht mit der privaten Wirtschaft vergleichbar.

Eigentlich sind es auch nur Almosen. Bei der Bundespolizei und in anderen Ländern fällt diese Zulage höher aus.

Wir bekommen das auch mit. Wir schauen auch nach rechts und links und haben keine Scheuklappen auf. Es gibt jetzt auch

Polizeibeamte, die von Hessen zum Bund wechseln.

Viele Polizeibeamten sind von den Schwarzen und Grünen in Hessen frustriert. Es brodelt an der Basis. In anderen Ländern gibt es bessere Konditionen. Das müsste der Innenminister doch mitbekommen haben. Eine Landflucht steht an. Und wenn ich an die letzten Terroranschläge denke, die Zeiten werden nicht besser. Aber die Schwarzen und Grünen in Hessen haben die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten erhöht und es gibt viele Stellen für die Polizei.

Das wird gut verkauft.

Die Bevölkerung wird ruhig gestellt.

Hessen tut was für seine Beamten.

Augenwischerei!

Ablenkung von den Problemen der überlasteten Kollegen.

Der Wahlkampf für die Bundestagswahl wird bald losgehen. Wir müssen die Politiker auch noch schützen. Wieder stehen viele Sondereinsätze an! Viele schöne Reden und nichts dahinter!

Am besten dann weghören, sonst ärgert man sich. Der Blutdruck schnell in die Höhe und wir werden dann auch noch krank. Das geht gar nicht. Ein anderer Kollege, der schon 300 Überstunden hat, muss diesen Kollegen jetzt auch noch ersetzen. Wir müssen dieses Jahr wieder auf die Straße gehen. Es muss ein Zeichen gesetzt werden.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Solidarität ist gefordert. Den Finger in die Wunde legen. Nur mittlerweile gibt es so viele Wunden, die richtig bluten. Da hilft nur gute Medizin. Mit einer besseren Besoldung könnte man anfangen.

D.U.

PERSONALVERSAMMLUNG

TÄTIGKEITSBERICHT FÜR DEN ZEITRAUM 03.02.2016 BIS 14.02.2017

AM 15.02.2017 FAND DIE PERSONALVERSAMMLUNG FÜR DAS POLIZEIPRÄSIDIUM FRANKFURT AM MAIN STATT.

Begrüßt werden konnten Polizeipräsident Gerhard Bereswill, Polizeivizepräsident Dr. Walter Seubert, Landespolizeipräsident Udo Münch sowie der Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Jens Mohrherr. Außerdem war Polizeidirektor Jürgen Fehler der Einladung gefolgt über die Einführung des Digitalfunks zu informieren. Staatsminister Peter Beuth hat seine Teilnahme an der Personalversammlung der größten Polizeibehörde in Hessen wegen einer Terminkollision abgesagt.



Die Personalratsvorsitzende Karin Schäfer

Nachfolgend ein paar Daten und Fakten mit denen sich der Personalrat im abgelaufenen Tätigkeitszeitraum unter anderem beschäftigt hat.

Personal

Zum Stichtag 31.12.2016 hatte das Polizeipräsidium **3.770** MitarbeiterInnen. Die Zahl setzt sich wie folgt zusammen: 3.238 Beamtinnen und Beamte, 527 Tarifbeschäftigte sowie 5 Auszubildende.

Unbesetzte Stellen beim PP Frankfurt
Am 31.12.2016 waren
27,187 Stellen für Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte
3,283 Stellen für Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamte und
25,203 Stellen für Tarifbeschäftigte unbesetzt.

Insgesamt also 55,673 Stellen.

Das sind mehr Stellen als ein ganzes Revier oder ein großes Kommissariat an Planstellen hat!



LPP Udo Münch

Mutterschutz / Elternzeiten

2016 befanden sich 57 Beamtinnen und 2 Beschäftigte in Mutterschutz. In reiner Elternzeit befanden sich **216** Beamtinnen und Beamte sowie **11** Beschäftigte.

Eine Teilzeitbeschäftigung während der Elternzeit (bis zu 30 Stunden) übten 53 Beamtinnen und Beamte sowie 2 Beschäftigte aus. 33 Beamtinnen und Beamte sind derzeit heimatnah in Elternzeit mit Teilzeit abgeordnet.

Teilzeit

2016 wurden 210 Anträge auf Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen und Beamten gestellt und stattgegeben. Im Bereich der Beschäftigten wurden sämtliche gestellten 44 Anträge auf Teilzeitbeschäftigung bewilligt.

Beförderungen 2016

	S	K	V	ges.
A 8	/	/	1	1
A 9mD	2	/	1	3
A 10	234	20	/	254
A 11	58	24	/	82
A 12	23	17	/	40
A13	10	8	/	18
ges.	327	69	2	398

Überleitungen 2016

Vom gehobenen in den höheren Dienst haben wir keinen überleiten können. Vom mittleren in den gehobenen Dienst konnten wir **3** Überleitungen zum 01.08.2016 durchführen.

Höhergruppierungen im Tarif ohne WaPo

Abt.	EG 6	EG 8	EG 9	EG 10
E			1	
V	1		2	
Z		1		1
BL			1	

Überstunden

Die Anzahl der Überstunden, die von Januar bis November 2016 insgesamt geleistet wurden, betragen:

61.119 Stunden.

Insgesamt konnten 154.032 Stunden finanziell vergütet werden.

Überstundenstand 31.12.2015 = **659.723**

Überstundenstand 01.12.2016 = **573.643**



HPR-Vorsitzender Jens Mohrherr

Dienstzeitverlängerungen

Im Zeitraum Juli bis Dezember hat der Personalrat bei 5 Verlängerungen mitbestimmt.

Im Zeitraum 01. Januar bis 08. Februar 2017 lagen bereits 6 Anträge zur Mitbestimmung vor.

Durch den finanziellen Anreiz von monatlich 10% zusätzlich zum Grundgehalt, ist zu erwarten, dass die Anträge auf Verlängerung der Dienstzeit zunehmen werden.

Versetzungen

- **130** innerhalb Hessens und zu anderen Polizei- oder Landesbehörden
- **8** in andere Bundesländer oder zur Bundespolizei gem.§ 15 BeamStG
- **1** Versetzung von Verwaltungsbeamten

INTERVIEW MIT POR WOLFGANG BOMMER

KOMMISSARISCHER LEITER DER ABT. Z STEHT REDE UND ANTWORT

Eines der meist diskutierten Themen beschäftigt die Kolleginnen und Kollegen in Frankfurt so sehr; der digitale Polizeifunk. Und fast jeder hat etwas dazu beizutragen und irgendjemand weiß immer nur einen Teil. Daher habe ich mit Herrn Bommer als kommissarischen Leiter der Abteilung Z ein Interview geführt, dass zumindest die Akzeptanz des Digitalfunks erhöhen soll.

Peter Horlacher:

Herr Bommer, zunächst einmal herzlichen Dank für die Zeit, die Sie sich für dieses Thema nehmen. Der Digitalfunk sollte ja bereits zur Fußballweltmeisterschaft 2006 eingeführt werden und erst seit einigen Wochen wurde von dem „alten Analogfunk“ auf den Digitalfunk umgestellt.

Warum hat das solange gedauert?

Wolfgang Bommer:

Nun, es ist richtig, dass wir seit einigen Wochen auf den Digitalfunk komplett umgestellt haben. Gefunkt wurde schon länger mit dem Digitalfunk, aber noch nicht leitstellengesteuert. Seit dem 01. Januar diesen Jahres wird hessenweit gewährleistet, dass der Digitalfunk leitstellengesteuert betrieben wird.

Peter Horlacher:

Was heißt das konkret?

Wolfgang Bommer:

Das heißt konkret, dass der Digitalfunk, mehr oder weniger, seit einiger Zeit zum Einsatz kam, aber eben nur teilweise durch die Einsatzleitstelle mitgehört wurde. Die Aufträge und Einsätze wurden noch analog über Funk weiter gegeben. Mittlerweile geschieht dies eben direkt über die Leitstelle, wenngleich noch mit dem einen oder anderen Handlingproblem behaftet.

Peter Horlacher:

Da wir gerade von Problemen reden; es wurde berichtet, dass der Digitalfunk nicht überall funktioniert, ist das so?



Wolfgang Bommer mit Peter Horlacher

Wolfgang Bommer:

Das ist korrekt. Der Digitalfunk wurde zwar flächendeckend eingeführt und er läuft auch relativ stabil. Allerdings haben wir noch Funkprobleme in einigen Objekten wie z. B. in Bahnhöfen in den B- und C-Ebenen. Auch in Einkaufszentren, Tunnels oder Hochhäusern, insbesondere mit Innenraumtiefen ab drei Meter und in den Fußballstadien kann es zu Funkeinschränkungen kommen.

Peter Horlacher:

Vom 18. Polizeirevier in Bergen-Enkheim wurde mir zum Beispiel berichtet, dass die dortige Funkversorgung selbst in der Fläche nicht ganz gewährleistet werden kann.

Wolfgang Bommer:

Das stimmt, wir prüfen gerade auch einige andere Meldungen, das ist nicht nur dort der Fall. Bundesvorgabe sind 96 % Versorgung. Derzeit gehen wir hier von ca. 2 % unversorgten Stellen aus. Da sind wir dran und es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir die Mängel beseitigt haben. Ich bitte bereits an dieser Stelle, dass sich die Kolleginnen und Kollegen bei uns melden, wenn sie derartige Lücken feststellen. Das entsprechende Formular findet sich im Intranet unter den Lokalen Vordrucken

unter dem Titel „Digitalfunk Störungen Frankfurt“

Peter Horlacher:

Um wie viele Objekte handelt es sich denn in Frankfurt, wo der Digitalfunk nicht oder nur mit Einschränkungen betrieben werden kann?

Wolfgang Bommer:

Um ca. 250.

Peter Horlacher:

Und wie beabsichtigt das Präsidium die „Mängel“ in den Griff zu bekommen?

Wolfgang Bommer:

Es gibt mehrere Lösungsansätze, die Abteilungen Z und E befinden sich in intensiven Gesprächen mit dem LPP, PTLV und den Objektbetreibern.

Peter Horlacher:

Warum hat man es denn nicht bei dem Analogfunk belassen?

Wolfgang Bommer:

Ziel war und ist ein bundesweit einheitliches Netz. Durch die digitale Art der Übertragung gibt es mehrere Vorteile. Insbesondere sind die digitalen Netze von außen deutlich weniger angreifbar. Sie sind auch weniger störungsanfällig, wenn sie einmal stehen.

Außerdem wird die Sprachqualität wesentlich verbessert und Nebengeräusche werden gefiltert, so dass die Sprache klarer wirkt. Darüber hinaus ist das Digitalfunknetz verknüpfungsfähiger, so könnte man z. B. problemlos mit der Hamburger Polizei „funken“. Das BOS-Netz wird quasi wie ein Telekommunikationsnetz betrieben, allerdings ausschließlich für die BOS-Nutzung.

Letzteres ist auch der Grund dafür, weshalb die Einführung flächendeckend und leitstellengesteuert erst später kam als zunächst geplant. Denn zu den BOS-Kräften zählen ja auch Behörden wie der Zoll, die Feuerwehr, Rettungsdienste, THW, die Bundespolizei usw...Um allen Behörden ein möglichst großes Mitsprachespektrum zu gewährleisten brauchte es eben

Zeit. Und jede Behörde hat ihre eigenen Anforderungen. Außerdem wollte man so viele Verbesserungen wie nur irgend möglich gewährleisten. Der Analogfunk wurde auch nicht binnen einiger Tage oder Wochen flächendeckend aufgebaut.

Peter Horlacher:

Wer regelt denn den Betrieb und die Aufrechterhaltung der Digitalfunknetze?

Wolfgang Bommer:

Übergeordnet regelt das die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) mit Sitz in Berlin. Auf Landesebene kümmert sich die Landesbetriebsstelle Digitalfunk/Autorisierte Stelle mit Sitz im PTLV, Abteilung 4 (derzeitiger Leiter Jürgen Fehler) in Wiesbaden darum.

Peter Horlacher:

Wie hoch ist denn die flächendeckende Netzabdeckung des Digitalfunknetzes?

Wolfgang Bommer:

Die Ausnutzung liegt in Deutschland derzeit bei ca. 98 % mit 4521 Basisstationen und ca. 700.000 Teilnehmern. Für die Zahlenliebhaber unter uns sei gesagt, dass so eine Basisstation bis zu 240.000 Euro (je nach Ausprägung und Leistung) kosten kann. Alleine die Betriebs- und Pflegekosten betragen bis zu 50.000 Euro im Jahr pro Basisstation.

Auch an den Kosten sieht man, dass eine enge Kalkulation anzustreben gewesen ist, was die Zeit der Einfuhr verzögerte, zumal immer neue Fehlerquellen beseitigt wurden. Dazu habe ich ja bereits etwas gesagt.

Peter Horlacher:

Wie viele Länder betreiben den Digitalfunk?

Wolfgang Bommer:

Flächendeckend sind alle Bundesländer in der Lage, digital zu funken. Europaweit sind es neben Deutschland zumindest 9 Länder, die den Digitalfunk in gleicher oder ähnlicher Art und Weise betreiben, allerdings teils auch mit dem für Frankreich entwickelten System „tetrapol“.

Peter Horlacher:

Wenn der Digitalfunk so viel besser ist oder sein soll als der Analogfunk, weshalb gibt es da noch zu viele Probleme, insbesondere in der Handhabung?

Wolfgang Bommer:

.....weil es in der praktischen Umsetzung immer etwas anders aussieht, als in der Theorie. Bei so einem großen Projekt tauchen viele zu lösende Details erst auf dem Weg auf. Wir sind noch nicht damit zufrieden, dass die Leitstelle zum Teil händische Zusatzarbeit leisten muss oder dass die Kolleginnen und Kollegen bei der Nutzung der Geräte in den Funkwagen das eine oder andere Signal umständlich wahrnehmen und bearbeiten müssen. Alle Beteiligten arbeiten aber momentan intensiv daran, die entsprechenden Justierungen vorzunehmen.

Peter Horlacher:

Bis wann sollen die derzeitigen Probleme ausgeräumt werden?

Wolfgang Bommer:

Je früher, desto besser, einen genauen Zeitpunkt können wir aber noch nicht nennen. An der Lösung arbeiten nämlich nicht nur wir, insbesondere sind dabei externe Firmen beteiligt, bzw. beauftragt. Wir rechnen zwar nicht damit, aber im weiteren Echtbetrieb könnten sich zudem weitere Detailprobleme ergeben, die wir dann ebenfalls lösen müssen.

Peter Horlacher:

.....was bedeutet?

Wolfgang Bommer:

Wir haben es hier mit einer Technik zu tun, die differenzierter zu betrachten ist, als der Analogfunk. Beim Analogfunk konnte man mal ohne größere Probleme ein Teil tauschen oder sogar elektronische Teile neu löten. Das ist bei dem Digitalfunk nicht ganz so einfach. Viele Geräte benötigen zudem Updates, wie jeder PC, I-Phones, LapTops oder sonstige neue Medien.

Diese Updates müssen auch in den Dienstfahrzeugen entsprechend aufgespielt werden.

Peter Horlacher:

Heißt das, dass die Fahrzeuge nach einer gewissen Zeit ins Präsidium gefahren werden müssen, um dort ein neues Update aufzuspielen?

Wolfgang Bommer:

So ist es. Die Dauer variiert dabei von 2-3 Stunden bis zu einem ganzen Tag, aber alle Fahrzeuge müssen auf dem gleichen Stand gehalten werden. Gegenwärtig kann das für Frankfurt nur

unsere Funkwerkstatt im Präsidium leisten. Das gilt im Übrigen auch für die digitalen Handfunkgeräte. Ob wir letztere auf den jeweiligen Dienststellen betreuen können, müssen wir noch bewerten. Im Rahmen vieler Aufgabenmehrungen wie z. B. durch den Digitalfunk oder z. B. der in 2017 anstehenden neuen Telefonanlage für das PP Ffm. (Hessen Voice, VoIP) und vielen anderen neuen Projekten, werden zukünftig nicht nur hier, sondern auch andere technische Abteilungen die entsprechenden personellen Hinterlegungen daran setzen müssen. Aufgrund zunehmender Spezialisierung geht der Trend dabei in die Richtung, dass vermehrt ausgebildete Techniker und weniger Vollzugsbeamte zum Einsatz kommen.

Peter Horlacher:

Wie viele Beschäftigte sind denn gegenwärtig hier im Hause mit dem „Digitalfunk“ beschäftigt?

Wolfgang Bommer:

Wir haben bei der Abteilung Zentrale Dienste im PP Ffm. insgesamt 189 Stellen. Davon 73 Tarifstellen und 116 Beamtenstellen, davon arbeiten ca. 12 Mitarbeiter rund um das Thema Digitalfunk. In den letzten Wochen hatten wir, wie andere auch, einige krankheitsbedingte Ausfälle, aber die Situation bessert sich langsam wieder.

Peter Horlacher:

Herr Bommer, ich danke Ihnen für diese klaren Worte und wünsche Ihnen und ihrem Team für die bevorstehenden Aufgaben viel Erfolg.

Ticket Snapper Karntenvorverkauf

FESTHALLE OPER VOLKSTHEATER NACHTLABOR
SCHLACHTHOF PAPAGONALTE OPER BAD VILBEL
JAHRHUNDERTHALLE BAT SCHKAPP DIE KOMÖDIE
STÄRKSTEN CENTRALSTATION NIEDERHAUSEN
FITZ PERMOND OFFENBACH SCHAUSPIEL HANAU

Rock CLASSIC (Frankfurt 15.4.2017)
THE ORIGINAL Rock CLASSIC (Frankfurt 15.4.2017)
DON FELDER & BAND (Frankfurt 15.4.2017)
STEVE LUKATHER (Frankfurt 15.4.2017)
BOB DYLAN (Frankfurt 26.4.2017)
THE ORIGINAL Rock CLASSIC (Frankfurt 15.4.2017)
THE ORIGINAL Rock CLASSIC (Frankfurt 15.4.2017)
THE ORIGINAL Rock CLASSIC (Frankfurt 15.4.2017)
THE ORIGINAL Rock CLASSIC (Frankfurt 15.4.2017)

XAVIER NAIDOO (Frankfurt 2.12.2017)
SERAH CONNOR (Wien 1.7.2017)
PATRICIA KAAS (Frankfurt 23.2.2017)
HANS KLOX (Frankfurt 16.2.2018)
DEFTONES (Offenbach 23.4.2017)

Eintracht Frankfurt OFFIZIELLE VORVERKAUFSTELLE
IM MAIN-TAUNUS-ZENTRUM

Öffnungszeiten MTZ:
 Mo-Mi 9:30 - 20:00Uhr
 Do-Sa 9:30 - 22:00Uhr
Telefon:
 069 - 300 88 6 88
Email:
 info@ticketsnapper.de
Onlineshop:
 www.ticketsnapper.de

Öffnungszeiten Jahrhunderthalle:
 Mo-Do 10:00 - 18:00Uhr
 Fr 10:00 - 16:00Uhr
Telefon:
 069 - 300 65 3 25
Email:
 jhh@ticketsnapper.de
Facebook:
 facebook.de/ticketsnapper

JAHRELANGER KAMPF DER GDP HAT SICH GELOHNT

STRAFTATBESTAND FÜR ANGRIFFE AUF POLIZISTEN BEI „DIENSTHANDLUNGEN“

Als großen Erfolg für unsere Kolleginnen und Kollegen auf der Straße dürfen wir den von Bundesjustizminister Heiko Maas endlich auf den Weg gebrachten Gesetzentwurf zur Stärkung des Schutzes von Polizeibeamten, Rettungskräften u.a. bezeichnen.

Es war die GdP, die vor über 7 Jahren mit Nachdruck an die Gesetzgeber bundesweit herantrat und einen sog. eigenen „Schutzparagrafen“ für diejenigen forderte, die für die Sicherheit in unserem Land verantwortlich sind.

Mit der Schließung dieser Gesetzeslücke werden wir allen gerecht, die scheinbar heute nur noch als reines Hassobjekt angesehen werden.

Wenn man bedenkt, dass ein Polizist, wenn er eine Verfehlung im Dienst begeht, mit einem (zurecht) Amtsdelikt bestraft wird, der Strafraum also bei weitem höher ist als der „Urtatbestand“, dann ist es doch nur richtig, wenn er den gleichen Schutz des Gesetzgebers genießt, wenn er angegriffen und verletzt wird.

Wer in unserem Land einen Polizisten oder eine Polizistin tötlich angreift, muss die Härte des Gesetzes spüren. Und insbesondere dann, wenn respektlose Täter dies bei alltäglichen Diensthandlungen wie Fussballeinsätzen, Demos, oder aber auch reinen Streifengängen tun.

Rückschau

Der damalige GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg sagte Anfang 2010: „Jeden Tag werden in Deutschland Polizeibeamte tötlich angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Immer häufiger werden solche Übergriffe völlig unvermittelt verübt.“

Das Strafgesetzbuch, so die Gewerkschaft der Polizei, sei dringend ergänzungsbedürftig.

Wir fordern die Einführung eines Paragraphen 115 StGB, der einen solchen Angriff aus dem Nichts auch dann bestraft, wenn der Beamte oder die Beamtin nicht verletzt wird. Damit bekommen wir insbesondere hinterhältige Attacken besser in den Griff.“

Die bisherige Regelung setzt immervoraus, dass sich der Beamte bei dem Angriff in jedem Fall in einer „Vollstreckungssi-



tuation“ befindet, zum Beispiel bei einer Festnahme oder anderen hoheitlichen Maßnahme.

Unvermittelte Attacken im täglichen Dienst werden von der Strafbarkeit bisher nicht erfasst. Der tätliche Angriff auf Polizeivollzugsbeamte soll künftig deutlich härter bestraft werden, als die bisherige Widerstandshandlung.

Vor vielen Jahren schützte die Uniform die Kolleginnen und Kollegen, denn sie verlieh Autorität und stellte so

klar, wer das Sagen hat, auf der Straße, in jedem Einsatz.

Heute wird sie innerhalb der Polizei noch immer gerne getragen, aber sie ist zunehmend auch zu einem Gefahrenpunkt für die Gesundheit des Uniformträgers geworden.

Wir müssen uns ständig neue Gedanken machen, wie wir unsere Einsatzkräfte noch besser gegen Angriffe schützen können. Dabei stoßen wir irgendwann an Grenzen, denn der Gürtel der Kolleginnen und Kollegen ist voll, die Schutzweste wird getragen.

Es gibt zu viele Mitbürger, die den Menschen in Uniform provozieren und ständig herausfinden wollen, wer der Stärkere ist. Der Endpunkt vieler Provokationen ist die Attacke auf den Uniformträger. Kolleginnen und Kollegen, insbesondere in den Ballungsräumen, wissen ganz genau, dass der tägliche Einsatz, vor allem an den Wochenenden nahezu ständig davon geprägt ist, die eigene Haut zu Markte zu tragen. Der Uniform, und alles, was da

Geplanter § 114 StGB

„Wer einen Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr, der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, bei einer Diensthandlung tötlich angreift, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“



hinter steht, muss zu jeder Zeit Geltung verschafft werden.

Wir dürfen nicht ständig nach- und aufrüsten, wir brauchen wieder eine gesunde Rückendeckung der Politik und des Gesetzgebers.

Und es ist kaum noch hinnehmbar, wie unsere „Menschen in Uniform“ derzeit behandelt, oder besser gesagt misshandelt werden.

Deeskalation und geschulte Kommunikation wird von uns erwartet, haben doch alle ein Studium, und nicht nur eine Ausbildung.

Bespucken und übelste Beleidigungen sollen an uns abprallen, wir müssen das hinnehmen, denn wir sind Polizistinnen und Polizisten, das hören wir immer wieder, wenn Gerichte diese Auffassung bei der Hauptverhandlung kundtun oder von der Staatsanwaltschaft hören, wenn das angezeigte Verfahren eingestellt wird.

Nein, das ist nicht der Respekt für diejenigen, die jeden Tag ihren Kopf dafür erhalten, dass alle anderen in Sicherheit leben können.

Respekt, liebe Kolleginnen und Kollegen, den haben auch wir verdient. Begonnen bei unserem Arbeitgeber, dem hessischen Innenminister bzw. der hessischen Landesregierung.

Wenn der Repekt damit bekundet wird, dass man den Kolleginnen und Kollegen noch eine Kennzeichnungspflicht aufbürdet, ganz einfach, von oben herab, dann ist das nicht mehr unser Treueglauben in den Arbeitgeber.

Und verfolgt man die ganzen negativen Entwicklungen der vergangenen Jahr(zehnte), dann darf es erlaubt sein, auch keinen Respekt vor dem Arbeitgeber mehr zu haben.

Natürlich ist das 'Spiel' zwischen der Polizei und dem polizeilichen Gegenüber uralte. Das 'Spiel' um die Frage, wie weit

Polizeibeamte gab (Respekt), so sind diese Übergriffe heute zur traurigen Realität des Berufsalltags geworden.

Während vor Jahren „auf der Straße“ noch ungeschriebene Gesetze galten, die klar stellten, dass jede Rangelerei mit der Polizei auch ein Ende finden muss, Festgenommene im Funkwagen zu verbleiben haben und die Polizei nicht hinterrücks angegriffen wird, so ist heute festzustellen, dass es diese ungeschriebenen Spielregeln nicht mehr zu geben scheint.

Wie anders kann jedenfalls erklärt werden, warum die Zahl der Widerstandsstraftaten kontinuierlich steigt, warum die Übergriffe auf Polizeibeamte immer häufiger und brutaler ausfallen oder warum die strafbewährte Gefangenenerfreierungen von Festgenommenen in manchen Stadtteilen der Großstädte beinahe Alltag sind? Der Schutz durch die Uniform, der durch den gesellschaftlichen Konsens über die Autorität der Polizei entstand, ist dahin. Heute gefährdet die Uniform ihren Träger, weil sie den Polizeibeamten erkennbar macht und dem aggressiven polizeilichen Gegenüber die Möglichkeit zur Zielerkennung gibt.

Diese bedrohlichen Veränderungen im Berufsalltag vor allem der großstädtischen Polizeibeamten müssen erkannt, auf sie muss angemessen, aber wirkungsvoll reagiert werden. Deshalb hat die GdP 2009 beschlossen, die Schaffung einer neuen Strafnorm „§ 115 StGB – tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten“ zu fordern.

Der heute existierende § 113 StGB – Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte – in derzeitiger Fassung knüpft die Strafbarkeit von Widerstandshandlungen an eine Vollstreckungssituation an, d.h. ohne Vollstreckung oder unmittelbar bevorstehende Vollstreckungshandlung keine Strafbarkeit. Unvermittelte Angriffe aus dem Nichts werden daher strafrechtlich von § 113 StGB nicht erfasst. Sie sind

die Autorität der Polizei reicht und wie stark sie in Frage gestellt werden kann, bis es Konsequenzen gibt. Aber während es „früher“ kaum Angriffe aus dem Nichts gegen

allenfalls als einfache oder gefährliche Körperverletzung strafbar. Der rechtspolitische Ansatz der GdP geht hingegen weiter.

Mit einem § 115 StGB wird die feindliche Motivation des Straftäters, der gegen einen Vollstreckungsbeamten vorgeht, strafrechtlich miterfasst.

§ 115 StGB schützt also die körperliche Unversehrtheit der Kolleginnen und Kollegen besser als die klassischen Körperverletzungsdelikte, da die strafbare Handlung vorverlegt wird und nicht vom Ergebnis abhängt.

Der GdP-Vorschlag zu § 115 StGB passt ins strafrechtliche System, denn das StGB kennt den gesetzlichen Schutz besonderer Berufsgruppen oder Rechtssubjekte, z. B. § 316a StGB – räuberischer Angriff auf einen Kraftfahrer. Es ist auch, wie bereits erwähnt, nicht hinnehmbar, einerseits die Tatsache der Amtsträgerschaft als Polizeibeamter im Rahmen der Amtsdelikte (Körperverletzung im Amt) als besonderen Strafschärfungsgrund gesetzlich zu erfassen, aber andererseits den besonderen strafrechtlichen Schutz für Vollstreckungsbeamte, der ja auch an die Amtsträgerschaft anknüpft, zu verweigern.

Solange das Uniformtragen zu einem erhöhten Risiko führt, Opfer einer Straftat zu werden, solange ist es nicht nur gerechtfertigt, sondern vielmehr geboten, den Vollstreckungsbeamten besonders zu schützen.

Wir sind zusammenfassend sehr froh, dass es, leider geschuldet den vielen besonderen Ereignissen in Deutschland, nun endlich kurz vor dem Abschluss steht, dass eine solche Strafnorm die Aufnahme in unser Strafgesetzbuch findet.

Ich bin der Überzeugung, dass es ein wirksames Mittel ist, dass alleine der Blick eines Täters in die Haftanstalt dazu führt, sein Verhalten gegenüber Hilfs- und Rettungskräften zu verändern.

Möglicherweise werden wir auch die Staatsanwälte und Richter in eine Position bringen, die ihnen mehr Rechtssicherheit gibt.

Denn eines kann kein Gesetz oder die Justiz uns geben, Respekt! Wir haben ihn von fast allen Bürgerinnen und Bürgern.

Aber wir vermissen ihn von allen, die unseren Kolleginnen und Kollegen jeden Tag Schaden zufügen. Und wir vermissen ihn derzeit auch in besonderem Maße sehr stark von unserem Arbeitgeber.

Peter Wittig

FAST 44 JAHRE BUCHHALTUNG FÜR DIE GDP HESSEN



Sie war bereits vor fast 44 Jahren bei der hessischen GdP für die Buchhaltung, also die gesamten Finanzabläufe innerhalb unserer Organisation, verantwortlich.

Damals noch mit riesigen A-4-Vordrucken für jede einzelne Buchung und einer für heutige Zeiten mittelalterlichen Rechenmaschine ausgestattet, hat sich eines im Laufe der Jahrzehnte jedoch nicht geändert:

Gisela Haenel war und ist bis an ihrem letzten Arbeitstag am 27. Januar 2017 die Verlässlichkeit in Person gewesen.

Wer immer mit ihr zu tun hatte, und eigentlich müssten dies alle unsere Kreis- und Bezirksgruppen erfahren haben, traf auf eine zu einhundert Prozent zuverlässige Ansprechpartnerin der GdP.

Wenn es um das liebe Geld ging, war ohne Gisi, wie die meisten sie nannten, nichts zu machen.

Sie begann ihre Tätigkeit bei der GdP am 1. April 1973. Als Kontoristin eingestellt, übernahm sie sehr schnell bereits im folgenden Juni die Buchhaltung.

Die waschechte „Biebricherin“ (größter Wiesbadener Vorort), sie lebte dort, ging zur Schule und machte 1968 bis 1972 dort auch ihre Ausbildung zur Industriekauffrau, wuchs so in die große GdP-Familie hinein und war zuletzt ein Grundpfeiler unserer Gewerkschaft.

Sie genoss das volle Vertrauen aller Landesvorsitzenden und der jeweiligen Geschäftsführer. Sie hat die gesamte Geschichte der hessischen GdP erlebt und viele Menschen kennen gelernt.

Aber egal, welcher Schlag von Mensch die hessische GdP prägte, mit Gisela konnte und durfte sich so schnell keiner anlegen.

In ihrer oben beschriebenen höflichen und rationellen Arbeitsweise waren auch hin und wieder mal etwas rauere Töne notwendig, aber sie waren stets an der Sache orientiert.

Dies mussten dann auch gestandene Vorstandsmitglieder akzeptieren.

Die bereits beschriebene Rechenmaschine führte Gisela dann in das Zeitalter des Einzuges der elektronischen Datenverarbeitung.

Die ersten Computer und Buchhaltungsprogramme hielten Einzug auf die Geschäftsstelle. Eine Herausforderung, nicht nur, was die komplette Umstellung der Arbeitsweise nach sich zog.

Sorgfalt und akribische Einarbeitung in diese neue elektronische Welt waren von ihr gefordert, sie meisterte dies mit Bravour.

Über 40 Jahre hatte Gisela natürlich auch mit Kassenprüfungen zu tun. In dieser Zeit gab es sehr viele Menschen, die als Kassenprüfer für den Landesvorstand gewählt wurden.

Alle Prüfungen, egal ob angemeldet oder unangemeldet, führten immer zu einem Ergebnis: die Bescheinigung einer hervorragenden Kassenführung und Buchhaltung!

Dies war dann auch immer die Grundlage für die Entlastung der Kassenverantwortlichen im Landesvorstand.

Aber die Möglichkeiten der EDV eröffnen heute auch auf diesem Gebiet neue Wege und der Vorstand hat sich nach reiflicher Überlegung für eine Umstellung der Buchhaltung entschieden.

Das bedeutete natürlich für Gisela auf den sozusagen letzten Metern ihres beruflichen Weges noch einmal umzudenken und Henner Jud in die Feinheiten der GdP Finanzen einzuarbeiten. Ihm gewissermaßen „den Schatz von fast 44 Jahren Berufserfahrung“ zu übergeben.



Verabschiedung in der Geschäftsstelle Wiesbaden

Nach vier Jahren Tätigkeit als Buchhalterin, attestierte ihr der damalige Geschäftsführer in einem Personalgespräch (das gab es auch schon);

„sie arbeitet rationell, vertrauenswürdig, verzögerungsfrei und schnell. Sie ist pünktlich, freundlich, höflich und sachlich“.

So sahen die Beurteilungen vor über 40 Jahren aus. Dem geeigneten Leser werden solche Zeilen vielleicht bekannt vorkommen. Die Bewertung überlasse ich euch jedenfalls selbst.

Aber, genau diese Eigenschaften hat sich Gisela bis zu ihrem letzten Arbeitstag am 27. Januar erhalten.



GdP-Chef Grün und Gisela Haenel



Uns wird nicht nur eine verlässliche Mitarbeiterin auf der Geschäftsstelle fehlen, wir werden auch den Menschen Gisela Haenel vermissen.

Sie ist immer eine gewesen, mit der man lachen konnte. Lachen, über die täglichen Dinge, die uns allen so präsent sind.

Lachen, auch über sich selbst, das konnte sie. Ein Attribut, was ich persönlich an Menschen sehr schätze. Und dieses Lachen, die positive Einstellung zur Arbeit, auch wenn es hin und wieder mal krachte, führte sie am Ende zu fast 44 Jahren GdP-Tätigkeit.

Die waschechte Biebricherin, wie ich sie bereits schilderte, zog es dann mit ihrem Ehemann nach Frankfurt, wo sie heute gemeinsam leben.

Ihre Leidenschaft, das Reisen, können sie nun etwas häufiger genießen.

Wir hoffen, dass die eine oder andere Reise sie hin und wieder in ihre Heimatstadt Wiesbaden zurückführt. Und dann werden wir natürlich darauf achten, dass ein Besuch bei uns natürlich nicht fehlen darf.

Das Leben ist wie eine Rolle im Theater. Es kommt nicht darauf an, dass lange, sondern dass gut gespielt wird (Seneca).

Liebe Gisi, wir wünschen dir, auch als Mitglied der BZG Westhessen, für die Zukunft alles Gute, viel Gesundheit und eine wunderschöne Zeit im wohlverdienten Ruhestand.

Peter Wittig



Übergabe an den „Neuen“, H. Jud

EHRUNG KREISGRUPPE POB

Die Kreisgruppe der POB freut sich, Kollegen Hans-Richard Walther zum **25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum** gratulieren zu können.

Neben den üblichen Ehrengaben der Gewerkschaft freute sich Kollege Walther auch über die neue Armbanduhr.

Herr Walther hat 1974 eine Ausbildung zum Sekretär Anwärter bei der Stadt Frankfurt am Main gemacht und stieg die folgenden Jahre bis zum Jahr 1981 bis zum Oberinspektor auf. Er versah neun Jahre seinen Dienst beim Stadtgesundheitsamt. Zu seinen Aufgaben gehörte die Gesundheitsaufsicht, hier speziell auch den Bereich der an TBC erkrankten Personen.

Ab 1991 war er im Ordnungsamt Frankfurt im Bereich HFEG und verbotene Prostitution beschäftigt. Dadurch kam er auch 1992 in die Gewerkschaft der Polizei.

Nun ist Kollege Walther beim Umweltamt beschäftigt und wir wünschen ihm weiterhin alles Gute, viel Gesundheit und Glück.



EWALD GERK – EIN ÜBERZEUGTER GEWERKSCHAFTER

GROSSER BAHNHOF ZUR PENSIONIERUNG EINES BESCHEIDENEN MENSCHEN



Großer Bahnhof für einen bescheidenen Menschen am 26. Januar 2017 in der osthessischen Domstadt Fulda. Vier Tage nach seinem sechzigsten Geburtstag erhielt Ewald Gerk aus den Händen von Staatssekretär Werner Koch seine Ruhestandsurkunde. Doch der Reihe nach.

Den Weg in das winterliche Fulda fanden neben seiner Familie auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus vielen Behörden, Führungskräfte des PP Osthessen und selbstverständlich auch Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter aus dem hessischen Landesbezirk. Die teilweise weitgereiste Gästeschar fand sich pünktlich um elf Uhr im Besprechungsraum des Polizeipräsidioms ein.

Nach einer Begrüßung durch den osthessischen Polizeipräsidenten und Hausherrn, Günter Voß, der im Übrigen gemeinsam mit Ewald Gerk den Polizeiberuf im Jahre 1974 ergriff, waren die vielen Anwesenden auf die Ansprache von Staatssekretär Werner Koch gespannt.



StS Koch bei seiner Ansprache

Sicherlich ist es nicht nur für einen Polizeibeamten etwas Besonderes, wenn die Ruhestandsurkunde durch den amtierenden Staatssekretär ausgehändigt wird.

Werner Koch, der in seiner beruflichen Vita viele gemeinsame Begegnungen mit dem scheidenden Vollblutgewerkschafter Gerk hatte, ließ es sich in einer persönlichen und dennoch heiteren Ansprache nicht nehmen, die eine oder andere erlebte Anekdote zu berichten.

Unvergesslich in Erinnerung ist ihm aber das Bemühen Gerks geblieben, im Vorfeld der Polizeireform 2001 für ein neues Polizeipräsidium Osthessen zu werben. So nutzte Gerk jedwede sich ihm bietende Gelegenheit, führte viele Gespräche im Innenministerium und natürlich auch mit politischen Verantwortlichen im Hessischen Landtag. Zudem ergriff er auch als örtlicher Gewerkschaftsvertreter die Initiative und versendete 3000 Briefe an osthessische Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und natürlich auch die Kirche.

Prägend sei eine Begegnung mit seiner Exzellenz Dyba in diesem Zusammenhang gewesen. Gerks Ansinnen, auch von kirchlicher Seite für ein PP Osthessen zu werben, setzte der Erzbischof zunächst nicht um. Allerdings sprach diesbezüglich ein Vertreter des damaligen kirchlichen Oberhauptes aus Fulda bei der Landesregierung in der Staatskanzlei vor. Dies verstärkte den bereits aufgebauten Druck und der Umsetzungsstab im 12. Stock des Innenministeriums legte dem damaligen Innenminister eine Entscheidungsoption vor, die auch die heutigen sieben Flächenpräsidien vorsahen.

Heute wissen wir, dass das kleinste Flächenpräsidium aus der polizeilichen Behördenlandschaft nicht mehr wegzu-denken ist. Schmunzelnd fügte Werner Koch abschließend hinzu: „Wenn Ewald Gerk aus der Tür herausging, kam er nicht selten durchs Fenster wieder herein.“



Unter dem Applaus der Anwesenden überreichte Staatssekretär Koch Silvia Gerk einen Blumenstrauß und Ewald dann die Ruhestandsurkunde. Der Personalratsvorsitzende des PP Osthessen und Nachfolger als Bezirksgruppenchef der Osthessen – GdP, Karsten Bech, schloss sich mit einem persönlichen Grußwort an. Viele Charakterzüge und Attribute, die bereits genannt waren, zeichneten den Werdegang des „Schutzmanns Gerk“ aus. Konstanz und Verlässlichkeit im täglichen Umgang mit Sorgen und Nöten der Beschäftigten und im weiteren mit den Vorgesetzten und Führungskräften, waren die Grundmanifeste für eine erfolgreiche Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass Ewald Gerk auch den Weg in den ge-



schäftsführenden Landesvorstand fand, dem er ununterbrochen als stellv. Landesvorsitzender und Landesschriftleiter seit 1998 angehörte.

GdP – Chef Andreas Grün schloss sich mit einem weiteren Grußwort an und blickte auf weitere gewerkschaftliche Meilensteine zurück. Er beschrieb den scheidenden Vollblutgewerkschafter als einen kontaktreichen Kämpfer, der das gesetzte Ziel immer vor Augen hatte. Der Weg war das Ziel, ein rechts oder links, abseits des Weges, war dann nicht drin!

Natürlich bringt es die Zeit mit sich, dass Erfahrung und Vernetzung den Charakter stärkt und die Gelassenheit entstehen lässt, die es für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit braucht!

Jens Mohrherr, Vorsitzender des Hauptpersonalrates und seit mehr als 20 Jahren in der personalrätlichen und gewerkschaftlichen Arbeit mit Ewald Gerke verbunden, blickte auf viele gemeinsamen Erlebnisse zurück. Dabei spielte auch der anwesende erste Präsident des PP Osthessen, Gero Kolter, eine maßgebliche Rolle. Während Ewald Gerke im HPR der Polizei in der Freistellung im Innenministerium Dienst versah, war der heutige HPR Vorsitzende im Rahmen der Neuorganisation der hess. Polizei nach Wiesbaden in einen Umsetzungsstab abgeordnet. Als damaliger amtierender Bundesvorsitzender der Jungen Gruppe war es dann immer

schwierig, dienstliche Freiräume für gewerkschaftliche Tätigkeiten zu erlangen.

Vor dem Hintergrund einer fehlenden Freistellung war es Ewald Gerke, der beim damaligen Leiter der Bereitschaftspolizei, Gero Kolter, für dienstliche Freiräume des GdP – Jungfunktionärs sorgte! Termine



und Dienstbefreiungen wurden kurzer Hand am Telefon bilateral zwischen Herrn Kolter und Ewald besprochen und verfügt! Ohne diese Unterstützung wäre ein hineinwachsen in die Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit nicht so reibungslos möglich gewesen.

Unvergessen bleiben die Betreuungsmaßnahmen der GdP in Hannover während der EXPO 2000, der 50. Geburtstag

der Bundes-GdP in Hamburg und die vielen gemeinsamen Seminare.

Abschließend bedanke sich PD Jäger, der zuletzt in Vorgesetzeneigenschaft Ewald Gerke in seinem Team hatte. „Wenn er mal da war, sagte Jäger schmunzelnd mit Blick auf die vielen Termine Gerkes in Wiesbaden und anderswo, hat er alle dienstlichen Aufgaben zielführend gelöst!

Letztlich trat dann ein sichtlich zufriedener Ewald Gerke an das Rednerpult. „Das, was ich gemacht habe, habe ich nicht für mich gemacht, sondern für euch – liebe Kolleginnen und Kollegen“.

Wenn gestritten wurde, dann immer für die Sache. Für mich zählt, Mensch zu bleiben und meinem Gegenüber immer die Würde zu lassen. Beim anschließenden gemütlichen Beisammensein wurden viele anregende Gespräche geführt.

Am späten Nachmittag gab es dann noch eine Überraschungsparty für den angehenden Jungpensionär. Fleißige Helferinnen und Helfer der BZG Osthessen hatten sich viel einfallen lassen und die gelungene Überraschung war deutlich in Ewalds Gesicht abzulesen. So hatten wir bis kurz vor Mitternacht dann doch noch viel Zeit, Vergangenes Revue passieren zu lassen.

Lieber Ewald, bleibe gesund und deiner GdP gewogen!

J. Mohrherr



Sein „Leitspruch“ in Tortenform



Die Überraschung ist gelungen



Das „letzte Hemd“ war aus Zucker

TERMINHINWEISE 2017

02.-03.03.2017	3. Runde der Tarifverhandlungen TV-H 2017 in Dietzenbach
08.03.2017	Internationaler Frauentag 17:30 Uhr DGB Haus Frankfurt am Main
30.03.2017	Beiratssitzung in Zella
27.04.2017	„Mahl der Arbeit“
01.05.2017	Demo zum Tag der Arbeit Motto: Wir sind viele. Wir sind eins.
22.06.2017	Jahreshauptversammlung der Senioren
24.06.2017	Tag der offenen Tür Polizeipräsidium
01.09.2017	Grillfeier der GdP – Buchhang e.V.
16.09.2017	Ball der Polizei Bürgerhaus Bornheim
02.11.2017	Delegiertentag

BILDUNGSPROGRAMM DER DGB-SENIORENGRUPPE

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Vorstand der GdP-Seniorengruppe Frankfurt arbeitet sehr aktiv in der DGB-Seniorengruppe mit. Die DGB-SeniorInnen haben ein Programm erstellt, das für alle Ruheständler, aber auch für Aktive interessante Themen beinhaltet. Wir stellen das Bildungsprogramm an dieser Stelle vor um für die Veranstaltungen zu werben.

29. März 2017, 15:30 Uhr

Veranstaltungsort: DGB Haus Frankfurt, Seminarraum 4

DGB SeniorInnen: MAXimal mobil bleiben - mit Verantwortung!

Mit der "Aktion MAX" wendet sich die Polizei mit ihrer Verkehrspräventionsarbeit speziell an die SeniorInnen, die Generation 65

26. April 2017 15:30 Uhr

Veranstaltungsort: Bundesbank, Wilhelm-Epstein-Straße 14, Frankfurt

DGB SeniorInnen: Besuch des Geldmuseums der Bundesbank in Ginnheim Führung und Gespräch mit dem Personalrat der Bundesbank.

Treffpunkt: Haupteingang

19. Mai 2017, 13:30 Uhr



DGB AKTIONSTAG

Veranstaltungsort:

Platz am Uhrtürmchen in Bornheim

31. Mai 2017, 16:30 Uhr

Veranstaltungsort: DGB Haus Frankfurt am Main

Alternativer Stadtrundgang

Rundgang durch Frankfurt mit Bruni Freyisen und Manfred Laus



EINLADUNG ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

WICHTIGER TERMINHINWEIS DER SENORENGRUPPE FRANKFURT

Am **22. Juni 2017** um **15.00 Uhr** (Einlass ab 14.30 Uhr) findet die **Jahreshauptversammlung** der GdP Seniorengruppe Frankfurt im **Bürgerhaus Bornheim**, Clubraum 1, Arnsburger Str. 24, 60385 Frankfurt, statt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Totenehrung
3. Annahme der Tagesordnung
4. Bericht des Vorsitzenden
5. Bericht des Kassierers
6. Bericht der Kassenprüfer
7. Entlastung des Vorstandes
8. Neuwahlen
 - a. Vorsitzende/der
 - b. Stellver. Vorsitzende/der
 - c. Schriftführer/in
 - d. Stellver. Schriftführer/in
 - e. Kassierer/in
 - f. Stellver. Kassierer/in
 - g. Kassenprüfer/in
 - h. Beisitzer/in
9. Sonstiges
10. Schlusswort / Ende



Der Vorstand wünscht allen Mitgliedern eine gute Anfahrt und hofft auf eine rege Teilnahme, da ein neuer Vorstand zu wählen ist.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Heinz Homeyer - Vorsitzender

Damit genügend Plätze für die Jahreshauptversammlung bereitgestellt werden, bittet der Vorstand alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer um Anmeldung.

Anmeldung an folgende Anschrift bis zum **01. Juni 2017** senden:

Gewerkschaft der Polizei Bezirksgruppe Frankfurt
Seniorengruppe
Seckbacher Landstraße 6
60389 Frankfurt

Oder per E-Mail an:
Heinz-Homeyer@t-online.de

Die Anmeldung bitte in Druckbuchstaben ausfüllen.

Name	Vorname	Geburtstag
Straße und Hausnummer		PLZ und Wohnort
Mitgliedsnummer (falls vorhanden)		Anzahl der Personen

WEIHNACHTSFEIER DER SENIORENGRUPPE

VOLLER SAAL IM BÜRGERHAUS

Zum Jahresende 2016 fand die Weihnachtsfeier der GdP-Seniorengruppe Frankfurt am Main statt, die von vielen Seniorinnen und Senioren sehr geschätzt wird.

Die ersten zwei Adventswochenenden lagen schon hinter uns und so trafen sich die Kolleginnen und Kollegen am 08. Dezember 2016 in einem schön weihnachtlich geschmückten Raum im Bürgerhaus Bornheim. Das Wetter war zwar kühl aber trocken, sodass eine große Anzahl von Seniorinnen und Senioren der Einladung des Seniorenvorstandes gefolgt sind.

Das abgelaufene Jahre 2016 war für die Ruheständler der GdP kein erfolgreiches Jahr.

Die negativen Nachrichten der schwarz-grünen Landesregierung überwogen. An dieser Stelle seien nur die Veränderungen in der Beihilfe und die „sehr hohe“ 1%tige Einkommensrunde 2016 erwähnt.

In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Raum konnte der Vorsitzende der Frankfurter GdP-Seniorengruppe Heinz Homeyer als Ehrengäste aus dem Polizeipräsidium Frankfurt den Vizepräsidenten, Herrn Dr. Walter Seubert und den Leiter Einsatz, Herrn Michael Hallstein, sowie den neuen Vorsitzenden vom DGB-Stadtverband Frankfurt am Main, Philip Jacks, begrüßend. Außerdem ließen es sich von der GdP Frankfurt der Bezirksgruppenvorsitzende Peter Horlacher, die stellvertretende Vorsitzende Petra Moosbauer und die Kassiererin Marianne Diefenthäler nicht nehmen, an der Feier teilzunehmen.

Der Frankfurter Polizeipräsident, Gerd Bereswill, Pfarrer Wahner, der GdP-Landesvorsitzende, Andreas Grün, der Landes Seniorenvertreter, Harald Dobrindt, der Hauptpersonalvorsitzende, Jens Mohrher sowie die Frankfurter Personalratsvorsitzende Karin Schäfer hatten sich für die Veranstaltung entschuldigt.

Nach der Eröffnung der Veranstaltung gab der Vorsitzende der Seniorengruppe einen Bericht über die Tätigkeit im abgelaufenen Jahr ab. In regelmä-

ßigen Abständen traf sich der Vorstand auf der Geschäftsstelle um Termine, Veranstaltungen, sowie die Teilnahme an Demonstrationen abzusprechen und die Teilnehmer festzulegen. Bezüglich der nur 1% Einkommenserhöhung für die Ruhestands-Kolleginnen und Kollegen wurde an mehreren Demonstrationen teilgenommen. Die Seniorinnen und Senioren werden auch in Zukunft weiter für ihre Interessen kämpfen.

Bei allen Problemen in unserem Land und auf der Welt ist aber festzuhalten, dass es den Menschen in Deutschland relativ gut geht. Seit über 70 Jahre leben wir in einem demokratischen Deutschland im Frieden. Dies sollten wir uns von Populisten, die in ihren Reden mit Ausländerfeindlichkeit, Hass Parolen und Ausgrenzung daherkommen, nicht kaputt machen lassen. Einfachen Antworten zu komplexen Themen in unserer globalen Welt gibt es nicht mehr.



Polizeivizepräsident Dr. Walter Seubert

Der Vorsitzende appellierte an die Teilnehmer bei den anstehenden Wahlen von ihrem Wahlrecht gebraucht zu machen.

Außerdem sollte man sich die Parteien mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten die sich zur Wahl stellen genau anzusehen und nicht auf populistische Aussagen hereinzufallen. Es gilt mit allen demokratischen Mitteln unseren Rechtsstaat zu erhalten und die erforderlichen Veränderungen im sozialen Bereich einzufordern bzw. umzusetzen.

Herr Dr. Walter Seubert gab einen kurzen Bericht aus dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main. Der Vizepräsident gab einen Rückblick auf das Jahr 2016 sowie einen Ausblick auf das kommende Jahr. Revierzusammenlegungen und

neue Reviergebäude haben die Führung beschäftigt und werden auch ein Thema 2017 sein. Im Herbst wurden im Bereich des Hauptbahnhofs verstärkt Kontrollen durchgeführt, um die Dealer-Ansammlungen und die damit einhergehenden Belästigungen der Bevölkerung zu minimieren. Bei der knappen Personaldecke eine weitere Herausforderung für die Kolleginnen und Kollegen. Die Sicherheit der Besucher des Weihnachtsmarktes ist von den Polizeikräften durch verstärkte Kontrollen zu gewährleisten.

Anmerkung des Schreibers: Zu dem Zeitpunkt wo ich diese Zeilen schreibe wurde auf den Weihnachtsmarkt in Berlin ein Anschlag verübt. Wir trauern um die Toten und wünschen den Verletzten schnelle Genesung. Durch diesen Anschlag wurde der Kräfteansatz in Frankfurt noch erhöht.

Auch für den Jahreswechsel 2016/2017 ist ein höherer Personalansatz vorgesehen, um Belästigungen von Frauen wie zum vorherigen Jahreswechsel geschehen, zu verhindern.

Für den Bezirksgruppen-Vorsitzenden Peter Horlacher sind diese Maßnahmen mit einer Zunahme von Überstunden verbunden. Die Kolleginnen und Kollegen sind an der Belastungsgrenze angelangt. Es bleibt nur zu hoffen, dass die versprochene Personalaufstockung auch auf den Schichtdienststellen ankommt und nicht für Sonderaufgaben verbraucht werden.

Siegfried Heck gab zwischen den Redebeiträgen Weihnachtsgeschichten zum



Bezirksgruppenvorsitzender Peter Horlacher

gesandt werden. Die Kollegen, die nach dort entsandt wurden, kennen sich mit solchen Fällen sehr gut aus. Die erfahrenen Kollegen hatten sich vorher erst mal abgesprochen. Beurteilung der Lage, Ermessensspielraum auf 0, Maßnahmenkatalog, technisches Gerät erforderlich? Der erste Kollege hatte erst mal im Wohnzimmer das Licht angemacht und alle Fenster geöffnet. Der zweite Kollege hatte Handschuhe an. Er wollte die Fledermaus einfangen. Irgendwas raschelte hinter dem Wohnzimmerschrank. Mit vereinten Kräften wurde der massive Eichenschrank von der Wand um Millimeter nach vorn geschoben. Und schon flatterte erst mal was am Kopf vorbei, durch das Zimmer, raus aus dem Fenster. Fenster zu, Fall gelöst. Die Frau kann jetzt beruhigt einschlafen.

Diese Mal kommt ein Passant zum Revier und bittet um Hilfe. Vor der Dienststelle steckt was Schwarzes zwischen zwei Ampelmasten in zwei Meter Höhe. Es kräht. Der Kollege von der Wache schaute sich erst mal draußen um. Dann holte er eine Leiter und einen Karton. Der zweite Kollege sicherte ab. Sehr vorsichtig wurde die Krähe aus der misslichen Lage befreit und in den Karton gesetzt. Was machen wir jetzt mit der Krähe, die nicht mehr fliegen kann? Es gab viele Telefonate. Keiner war zuständig oder man erreichte niemanden am Telefon. Dies passiert einem ja ständig. Es war Samstagabend. Die Ämter haben zu. Und dann war doch jemand zuständig. UNA war das Zauberwort. Dies ist eine private Tierrettung. Die verletzte Krähe wurde abgeholt. Angeblich wurden an dem Wochenende schon 13 Krähen eingesammelt.

Notruf! Entenfamilie im Brunnen des Museumspark! Feuerwehr ist schon unterwegs. Eine Funkstreife wurde auch nach dort entsandt, aber ohne Sondersignale. Der Brunnen ist dort nicht tief. Da kann man sogar durchlaufen, um die Füße zu kühlen. Es gab auch mal zwei Radfahrer, die besoffen mit den Fahrrädern in den Brunnen gefahren waren. Beide waren schwerverletzt. Aber dies ist auch schon länger her. Nun zu den Entchen. Diese Entenfamilie watschelte in dem Brunnen umher. Die lassen es sich gut gehen. Am Tiefkai sieht man öfters Entenfamilien. Da droht keine Gefahr. Aber hier muss geholfen werden. Die Entenfamilie könnte aus den Brunnen hopsen und Richtung

Schaumainkai laufen. Der Schaumainkai ist gut befahren. Nur wie kommen die Enten über die Fahrbahn. Verkehr regeln? Fahrzeuge umleiten, Radiowarmmeldung rausgeben? Begleitschutz für die Entenfamilie? Zum Glück gibt es die Tierrettung der Feuerwehr. Die Entenfamilie wurde von der Feuerwehr aus den Brunnen gehievt und zum Tiefkai gebracht. Dort wurde die Familie wieder herausgelassen. Zum Abkühlen können die dann in den sauberen Main springen und sich wohlfühlen.

Über Funk gab es folgende Durchsagen: Auf der Friedensbrücke müssen mehrere Fahrzeuge abbremesen oder ausweichen. Ist wieder ein betrunkenen Fußgänger unterwegs, der die Straße mit den Bürgersteig verwechselt hat? Oder ist dort jemand mit suizidalen Absichten unterwegs? Der Kollege und ich wurden nach dort entsandt. Wir konnten nicht zu schnell nach dort fahren. Es war Winter und die Straßen sehr glatt. Als wir auf die Friedensbrücke fuhren, sahen wir schon den Übeltäter. Es war ein Schwan, der auf der Brücke herumstolzerte. Es wurde ein weiterer Funkwagen angefordert. Mit unseren Funkwagen wurde eine Fahrbahn der Brücke gesperrt. Danach wollten wir den Schwan einfangen. Es war für uns das erste Mal, dass wir einen Schwan einfangen sollten. Es war Sonntagmorgen und es waren nicht so viele Schaulustige unterwegs. Dieser Schwan schlug ganz schöne Haken, ab und zu kam sein Schnakenhals nach vorne. Mein Kollege konnte dann mit einem Sprung den Schwan in Fesselgriff nehmen und ihn festhalten. Mittlerweile traf ein Kombi von der Kraftfahrabteilung auf der Friedensbrücke ein. Der Schwan hatte eine Verletzung und sollte zum Tierarzt gefahren werden. Der Schwan wurde auf die Ladefläche des Kombis gesetzt und Klappe zu. Vorne saß der Fahrer, hinten sieht man einen Schwanenhals, der mit den Kopf nach rechts und links wackelte. Wir begleiteten den Transport bis nach Schwanheim. Dort hatte an dem Morgen die Tierarztpraxis geöffnet. Mein Kollege nahm den Schwan wieder in den Fesselgriff und ich machte den Weg vorne frei. Es ging durch den Warteraum der Praxis, der proppenvoll war. Einige Hunde bellten, zwei Katzen schnurrten. Ich höre noch, wie jemand meinte: „Ja, da ist die Polizei mit dem sterbenden Schwan. Die haben Vorfahrt.“ Der Schwan wurde auf einen Tisch abgesetzt, die Tierärztin kam

hinzu und schaute nach dem Schwan. Wir wollten schon die Praxis verlassen. Da sagte sie zu uns, dass wir assistieren sollten. Wir konnten nicht nein sagen. Also wir halten den Schwan fest und die Ärztin nähte. Danach war der Schwan wieder fit und konnte wieder am Tiefkai ausgesetzt werden.

Es beginnt die Nachtschicht beim 8. Polizeirevier. Ich lese gerade eine Anzeige durch. Plötzlich huschte irgendwas in den DGL-Raum und wieder raus. Es gab Entwarnung. Es war Schorsch, der ist revierbekannt. Jedes Mal läuft Schorsch durch alle Räume und schaut nach dem rechten. Schorsch war mal wieder ausgebüxt. Und wir haben ihn eingefangen. Was heißt eingefangen, wir brauchen eigentlich nichts tun, außer die Klappe vom Vito öffnen. Und schon springt Schorsch in den Vito und nimmt Platz. Er lässt sich gerne fahren. Im Vernehmungssaal 1 sehe ich, dass er richtig müde ist. Er legt sich einfach in die Mitte des Raumes und döst. Die Kollegen der Schicht müssen um ihn herumlaufen. Aber der bleibt einfach liegen. Die meisten Kollegen kennt er. Er braucht auch viel Platz. Er sieht aus wie ein Braunbär und ist so groß wie ein Pony, aber ganz zahm. Der fühlt sich wohl bei der Polizei. Er kriegt auch etwas zum Knabbern und Wasser zum Schlappern. Nach einiger Zeit kam der Besitzer zu uns und holte den Hund ab. Er hatte sich vielmals bedankt. Und Schorsch war mal wieder bei der Polizei gewesen.

Die Polizei wird gerufen. Irgendwer war ausgerutscht und braucht Hilfe. Nachfrage, ob ein RTW unterwegs ist. Fehlanzeige! Mitteiler: Anonym. Nichts Konkretes lag vor. Am Theodor-Stern-Kai sahen wir schon was los ist. Es war wieder sehr glatt, ein Spiegel auf der Fahrbahn. Und da watschelte ein Schwan, rennt und landete auf den Bauch. Zweiter Versuch, wieder ausgerutscht und Flatsch Bauchlandung. Was tun? Salz haben wir nicht dabei. Der Kollege hatte eine Idee. Er holte den Besen aus dem Funkwagen. Wir näherten uns dem Schwan, der nur wegfliegen wollte. Der Kollege schob ihn mit dem Besen ganz behutsam nach vorne und dann gab der Schwan Gas. Und schon war er in der Luft und flog Richtung Main. Auftrag erfüllt, Starthilfe geglückt.

U. N.

VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND 2016

DREI-TAGES-SEMINAR

Erstmals lud der Landesseniorenvorstand der GdP Hessen zu einem dreitägigen Seminar die angehenden Ruheständler/Innen nach Tann in der Rhön in das Hotel Krone ein. Der Landesvorsitzende der GdP-Senioren, Harald Dobrindt, hatte das Seminar mit Hilfe der GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden und den Kolleg/Innen des LSV-Vorstandes sehr gut vorbereitet.

1. Tag - Am Dienstag, 08.11.2016 erfolgte die Anreise und um 09.30 Uhr ging es gleich los mit der Begrüßung durch Harald Dobrindt, der über den Seminarablauf informierte. Zur Stärkung der ange-reisten Teilnehmer/Innen wurden Kaffee und Brötchen angeboten.

Den Rest des Vormittages gestaltete unser GdP-Mitglied Gerhard Kaiser von der Beihilfestelle Hünfeld, wie immer locker und mit vielen praktischen Beispielen. Er informierte detailliert zum Thema Beihilfe und Pflegeleistungen. Nach seinem Referat beantwortete er die zahlreichen Fragen der Anwesenden. Die genauen Inhalte seines Vortrages wird er in einer der nächsten Pol-Reports unseren Mitgliedern präsentieren.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen brachte uns der bestellte Bus in einer kurzen Fahrt zum „Haus auf der Grenze“ (Point Alpha), der Mahn-, Gedenk- und Begegnungsstätte zwischen Hessen und Thüringen. Dort erlebten wir Deutsch-Deutsche Geschichte vor Ort. Hermann Müller, Mitglied im Landesseniorenvorstand, früher beim Bundesgrenzschutz, danach bei der Hessischen Polizei tätig, führte die Teilnehmer/Innen zunächst durch das Informationsgebäude (Haus auf der Grenze), dann an der ehemaligen Grenze entlang, an einem Wachturm der NVA und den Befestigungs- und Sicherungsanlagen vorbei, zu einem Mahnmal und weiter zum ehemaligen Stützpunkt der US-Armee (Point Alpha). Dort konnten im Freien die Fahrzeuge der US-Armee besichtigt werden. In einer Ausstellungshalle erfuhr man Näheres über die Grenz-anlagen und die damals eingesetzten Einheiten von BGS, NVA und der US-Armee.

Das Wetter war kalt und regnerisch, deswegen freuten sich alle auf die Rück-



fahrt und die Zusammenkunft bei Kaffee und Kuchen im Hotel Krone in Tann. Danach erklärte Harald Dobrindt das Aktiv Programm für Senioren, kurz APS genannt. Im Anschluss daran wurde ein Beitrag des Fernsehens mit dem Titel „Und plötzlich bist du raus“ vorgeführt. Der Film zeigte verschiedene Berufstätige auf dem Weg in den (Un-)Ruhestand und deren neue Lebenssituation („Was mache ich mit der freien Zeit“). U. a. wurde auch ein Kollege des PP Frankfurt/Main auf seinem Weg in den Ruhestand durch das Fernseheteam begleitet. Nach dem gemeinsamen Abendessen gab es einen „Abend der Kommunikation“.

2. Tag - Am zweiten Tag des Seminars, Mittwoch, 09.11.2016, erläuterte uns Heinz Homeyer (LSV) Näheres zum Hauptthema des Tages.

Frau Gisela Pfalzgraf-Haug referierte anschließend zum Thema „Abschied vom Beruf“. „Was gebe ich gerne ab – was werde ich vermissen, was behalten“. Sie verstand es, alle Anwesenden in ihren Vortrag mit einzubinden und regte zur konstruktiven Mitarbeit an.

Eine kleine Kaffeepause war angesagt, bevor ein Film zum Thema „Ruhestand“ erfolgte. Im Anschluss daran wurde der Filmbeitrag ausgewertet und alle Anwesenden beteiligten sich rege daran. Nach der Mittagspause ging Frau Pfalzgraf-Haug das Thema „Veränderungen durch den Ruhestand“ an und kam nach einer kleinen Pause zum Tipp „Zufrieden und Gesund älter werden – Neues entdecken.“ Sie bildete kleine Arbeitsgruppen, die sich mit den von ihr vorgegebenen Themen befassten. Später wurden die Ergebnisse gemeinsam ausgewertet. Diese Art der Moderation fand sehr großen Zuspruch seitens der Seminarteilnehmer/Innen. Danach erfolgte ein interessanter

und kurzweiliger Vortrag von Thorsten Mager, unterstützt von Andreas Braun von der Signal-Iduna. Hier ging es darum: „Welche Absicherungen machen für Senioren Sinn?“ Wichtige Hinweise zum Thema Versicherungen und Ruhestand, insbesondere damit verbundene Geldeinsparungen, führten zu vielen Nachfragen.

Nach dem Abendessen traf man sich im Seminarraum und sah gemeinsam den Film „Als die Polizei mit dem Käfer kam“. Der Film zeigte u. a. die Polizeiausbildung und Polizeieinsätze in den Jahren 1945 bis 1965 und mancher erinnerte sich –leicht schmunzelnd– an ähnliche Situationen, die er selbst im Dienst erlebt hatte.

3. Tag - Am dritten Seminartag, Donnerstag, 10.11.2016, ging es um das Thema „Rente“.

Hier referierte Herr Sebastian Bittdorf von der Deutschen Rentenversicherung. Ein ausführlicher und aufklärerischer Vortrag mit vielen praktischen Beispielen.

Der Vortragende hatte viele Fragen zu beantworten. „Hinweise für zukünftige Ruheständler“ erfolgten danach von Harald Dobrindt. Hier sei auch auf die APS-Broschüre „Vorbereitung auf den Ruhestand“ verwiesen. Im Anschluss daran informierte Ewald Gerck vom Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP –nicht nur– über aktuelle gewerkschaftliche Themen. Auch hier erfolgten Fragen, die Ewald Gerck souverän beantwortete.

Am Ende des Vormittages erfolgte die Abschlussbesprechung durch Harald Dobrindt. Die Anwesenden äußerten große Zufriedenheit zum angebotenen Programm. Wünsche und Vorschläge der Seminarteilnehmer/Innen nahm der LSV auf, wird diese entsprechend umsetzen, damit auch in Zukunft das Seminarangebot stets aktuell angeboten werden kann.

ES STELLEN SICH VOR...

DIE AUSBILDERINNEN UND AUSBILDER DES ORDNUNGSAMT FRANKFURT

MIT DIESEM ARTIKEL MÖCHTE ICH PERSÖNLICH FÜR DIE WICHTIGE AUFGABE DER AUSBILDUNG MEINE WERTSCHÄTZUNG AUSSPRECHEN. WENN NEUE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER BEGINNEN, MÜSSEN SIE IN WENIGEN MONATEN SEHR VIEL NEUES AUFNEHMEN. UND DIE AUSBILDER/INNEN GEBEN IHR BESTES, UM DAS WISSEN ZU VERMITTELN; EGAL OB ES DER PRAKTISCHE ODER THEORETISCHE BEREICH IST.

Die Ausbilder/in gehören zur Abteilung der Stadtpolizei Ordnungsamt. Zurzeit sind es vier männliche Ausbilder, eine weibliche Ausbilderin und eine „Springerin“ aus den Reihen der Stadtpolizei (regionale Dienstgruppen).

Sie sind ein wichtiges Element im Gefüge der Stadtpolizei. Sie sind in den ersten Monaten enge Kontaktpersonen für alle neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und müssen sich immer wieder neu auf die verschiedenen Charaktere einlassen und Vertrauen aufbauen. Sie sind dann auch „die Schulter“, an der sich die Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter in Ausbildung häufig „ausheulen“, wenn was quer läuft.

Als Ausbilder/in benötigt man eine mehrjährige Außendienstserfahrung.

Die Ausbilder/in benötigen zur Durchführung ihrer Aufgaben erst einmal selbst eine intensive Beschulung in Theorie und Praxis, die sie an verschiedenen Institutionen erhalten. So müssen sie z.B. an der Hessischen Polizeiakademie in Einsatztaktik, Einsatztraining, Schießausbildung usw. ausgebildet werden. Anschließend müssen sie an einem Lizenzierungsverfahren teilnehmen, damit Ihre Lizenzen nicht verfallen. Mehrere Ausbilder wurden zum Übungsleiter B und C mit Lizenzen im Breitensport ausgebildet, um zum Beispiel den Dienstsport durchführen lassen zu können. Dazu sind aber auch Fortbildungen zur Erhaltung der Lizenzen notwendig.

Die Aufgaben unserer Ausbilder/in sind vergleichbar mit denen der Ausbilder bei der Polizei. Nur dass es bei der Polizei zum Beispiel Spezialisten für Waffenausbildung, Eigensicherung usw. gibt. Das hat natürlich auch was mit dem Personalstamm zu tun, welches beschult und trainiert werden muss. Und je kleiner eine Einheit, umso größer das Aufgabenspektrum jedes Einzelnen, da eine Spezialisierung Einzelner hier gar nicht möglich ist.

Die Ausbilder/in sind Beamte aus dem Feldschutzdienst.

Die Aufgaben der Ausbilder/in sind vielfältig und sehr arbeitsintensiv. Es beginnt mit der **Grundausbildung** aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihren Dienst bei der Stadtpolizei Ordnungsamt beginnen; ganz egal, in welcher Sachrate sie später ihren Dienst versehen (zum Beispiel bei den Gewerbeprüfern, Immissionsschutz, regionale Dienstgruppen).

Es fängt an mit der Planung und Durchführung des **Sporttests**. Denn nur mit Bestehen dieser Voraussetzungen können die Bewerber/innen am weiteren Auswahlverfahren teilnehmen und evtl. in den Dienst der Stadtpolizei übernommen werden.



Norbert Renker bei der Schießausbildung

Die Planung und Durchführung der dann folgenden **Grundausbildung** wird von Fachleuten der einzelnen Sachraten der eigenen Abteilung oder Externe unterstützt.

Die Schießausbildung ist ganz allein Sache des Ausbilderteams.

Sie betreuen die Auszubildenden bis zur Ernennung und kümmern sich auch um die Organisation und Planung von externen Lehrgängen, wie zum Beispiel HSOG / StGB –Schulungen.

Die **Schießausbildung** mit der Abnahme der Waffensachkundeprüfung und die Schießfortbildung nehmen einen wichtigen Platz in der gesamten Ausbildung ein. Dabei gibt es neben der regelmäßigen Leistungskontrolle (jeder Mitarbeiter/in muss sechs Mal im Jahr am Schießen teilgenommen haben) auch Sonderübungen und spezielles Frauenschießen.

Für „schwache“ Schützen und Schießen nach Wiedereingliederungen gibt es Intensivbetreuung.

Natürlich wird die Einhaltung der vorgegebenen Schießtermine mittels eines elektronischen Leistungsnachweises überwacht und gegebenenfalls auch „nachdrücklich“ eingeladen.

Auch das **Einsatztraining** ist intensiv und zeiteinnehmend, wobei Planung und Durchführung verschiedener Lehrgänge und Seminare zu den weiteren Aufgaben der Ausbilder/in gehören. Dazu gehört auch die Beschaffung des Unterrichtsmaterials. Die Lehrgänge umfassen dabei den Einsatz von Pfefferspray, die Fesselung von Personen, das Verhalten bei Personen- und Kraftfahrzeugkontrollen, den Einsatz des Teleskopschlagstockes und



Bernd Spahn stellt eine Situation vor

das Verhalten bei Hundekontrollen. Auch die Funkausbildung und Ausbildung Fischereirecht werden von den Ausbildern/in in Eigenregie durchgeführt.

Es gibt aber innerhalb der Stadtpolizei noch viele Sondergruppen, die ein an ihre Bedürfnisse angepasstes besonderes Training benötigen. Es gibt Spezialtrainings für die Gewerbeprüfer, die Mitarbeiter /innen der Sachrate „illegale Beschäftigte“, die Mitarbeiter/innen der Sachrate Scheinehen und Aufenthaltsrecht und schlussendlich eine besondere Unterweisung für die Sachrate, die nach dem hessischen Freiheitsentziehungsgesetz arbeiten.

Neben dem Einsatztraining gibt es noch das **Training zur Eigensicherung**. Auch hier liegt die Planung, Durchführung inklusive Zusammenstellung des Unterrichtsmaterials komplett in den Händen des Ausbildungsteams.

Bei diesen speziellen Trainingseinheiten werden nicht nur die Grundtechniken der Selbstverteidigung mittels Hebel und Griffe gelehrt; auch der Einsatz des Pfeffersprays in Verbindung mit dem notwendigen Zugriff. Die



Norbert Renker am Boden, Bernd Spahn hat ihn gestellt

Zugriffstechniken werden auch noch in Zusammenhang mit Fesselung, Verhalten bei Personen- und Kraftfahrzeugkontrollen unterrichtet und auch die Abwehr von Angriffen mit scharfen oder spitzen Gegenständen.

Das Straßenverkehrsamt wird ebenfalls von den Ausbildern/in der Stadtpolizei beschult. Alle neu eingestellten Außendienstmitarbeiter der Verkehrsüberwachung nehmen hier an einem einwöchigen Grundlehrgang Eigensicherung/Pfefferspray teil. Das turnusmäßige Training Eigensicherung der Verkehrsüberwachung wird ebenfalls von den Ausbildern/in durchgeführt.

Der **Dienstsport** bildet ein weiteres Standbein für die Fitness aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch bei speziellen Problemen wie zum Beispiel Rückenbeschwerden wird vom Ausbildungsteam begleitet. Die Mitar-



Bernd Spahn und Norbert Renker in Nahkampfübungen

beiter/innen haben hier Gelegenheit zum Laufen im Freien oder in der Halle, Sport an Geräten und vieles mehr.

Das **interaktive Situationstraining** wird von den Ausbildern/in organisiert, durchgeführt und immer wieder etwas neu ausgerichtet. Der Aufbau und die Ausstattung der Trainingsbereiche gleichen den Situationen draußen vor Ort; zum Beispiel ein schwer einsehbares Fahrzeug mit mehreren Insassen, das kontrolliert werden muss.

Auch hier gilt die „Rundumversorgung“ mit Lehrgangsausschreibung, Terminüberwachung, Einladung der Teilnehmer, Erstellung von Teilnahmebescheinigungen und die Einladung etwaig notwendiger externer Dozenten.

Die weiteren administrativen Aufgaben des Teams umfassen die Teilbeurteilung aller Waffenträger, regelmäßige Durchführungen von Waffenrevisionen und Waffenfachkontrollen, die Jahreshaushaltsplanung von der Aus- und Fortbildung, Verwaltung der Dienstwaffen inkl. TKS, Pfefferspray, Handfesseln, Holstern usw. und die Beschaffung und auch noch Erstellung von diversen Dienstanweisungen.

Es werden also sehr hohe Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ausbildungsteams gestellt.

Dabei müssen sie relativ fit sein und bleiben, was bei zunehmendem Alter naturgemäß nicht mehr in vollem Umfang möglich ist.

Autor: Ursula Wiegand

Bilder: Copyright Stadt Frankfurt am Main

Gemeinsam sind wir stark –

darum GdP!

„BRÜCKEN BAUEN“

TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT IN DRESDEN

JUNGE GRUPPE (GdP)- „MITTENDRIN STATT NUR DABEI“

450.000 Besucher kamen vom 01.-03. Oktober 2016 in die sächsische Metropole und feierten den 26. Tag der deutschen Einheit unter dem Motto „Brücken bauen“.

„Brücken lassen sich nur miteinander und nicht gegeneinander bauen, sonst sind sie nicht tragfähig und stürzen wieder ein“, kommentiert der sächsische Ministerpräsident und Gastgeber Stanislaw Tillich das Motto des Bürgerfestes.

Es gibt immer wieder großen Bedarf, neue und vor allem tragfähige Verbindungen zu bauen – in Politik und Gesellschaft.

Und bei manchen Themen muss man sagen: Es gibt den Bedarf leider immer noch oder wieder.

Sicherlich ist es eine der vornehmsten Aufgaben der Politik, den Zusammenhalt zu stärken, aber in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist jeder dazu aufgerufen, einen – seinen – Beitrag zu leisten.

Es geht um Brücken zwischen Alt und Jung, zwischen Arm und Reich, zwischen Ängstlichen und Mutigen, zwischen Alt-eingesessenen und noch Fremden, zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen, zwischen Heute und Morgen, zwischen Tradition und Innovation, zwischen Bewahren und Wagen, zwischen Heimat und Fremde, zwischen Bund und Ländern, zwischen den Regionen und Europa und leider auch noch zwischen West und Ost.

Am Anfang steht die Erkenntnis wo es überhaupt neue Brücken braucht. Und dann heißt es anpacken. Das ist eigentlich ganz einfach, denn jeder kann Verbindungen knüpfen, jeder kann mithelfen und jede Bemühung kann dabei etwas bewirken. Eine Brücke fragt weder den Erbauer noch die Nutzer: Wo kommst du her oder welche Religion hast Du, was kannst Du oder wie gesund bist



Mit Poldi – dem Maskottchen der sächsischen Polizei

Du, wie alt bist Du oder wie viel Geld hast du? Es geht darum die Politik und Gesellschaft mitzugestalten, dabei nehmen Gewerkschaften seit je her eine wichtige Rolle ein.

Auf dem Bürgerfest zum Tag der Einheit waren wir, die JUNGE GRUPPE Bund (GdP) mit Unterstützung des Landesbezirks Sachsen aktiv. Wir haben mit einem jungen motivierten Team von ehrenamtlich aktiven Gewerkschaftlern den Kontakt und Dialog zu Kolleginnen und Kollegen (2600 waren im Einsatz), Bürgerinnen und Bürgern und vielen Politikern, aufgebaut.

Wir haben kontrovers diskutiert, vermittelt und auch einfach mal zugehört.

Unsere Kampagne „Auch MENSCH – Polizei im Spannungsfeld zwischen Politik und Gesellschaft“ dort präsentiert wo sie hingehört – in die Mitte der Gesellschaft. Vielleicht konnten wir die ein oder andere kleine Brücke bauen...

Noch eine Anmerkung des Autors: Schenkte man den Berichten der deutschen Medien nach dem 03. Oktober Gehör, neigt man dazu den Festakt in Dresden problembelastet wahrzunehmen. Während der Feierlichkeiten erreichten uns verschiedene Anrufe aus der gesamten Republik. Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Familienangehörige erkundigten sich nach unserem Wohlergehen.

Sie alle hatten Nachrichten gehört, geguckt oder gelesen. Anscheinend wurde dort ein Bild vermittelt, welches wir – als ein Teil des Festaktes – nicht teilen konnten. Viele der jungen Gewerkschaftler am GdP-Stand waren das erste Mal in Dresden.

Wir alle waren uns einig – wir kommen alle wieder nach Dresden!

Denn es bot sich uns eine kultureiche, malerische Großstadt, in der viel Gastfreundschaft zu spüren war.

Neben Straftaten und nicht zu tolerierendem Verhalten, welches selbstverständlich in unserem Rechtsstaat keinen Platz haben darf, gibt es auch immer eine andere Seite.

Ich finde es falsch, dass in der heutigen Zeit, die positiven Ereignisse keinen Platz in der Berichterstattung finden.

Skandalnachrichten lassen sich anscheinend besser verkaufen.

450.000 Menschen haben zum überwiegenden Großteil friedlich und fröhlich die Wiedervereinigung zweier Staaten gefeiert – Sie haben Brücken gebaut.

Christoph Möhring
JUNGE GRUPPE (GdP) Bund



FAMILIE UND BERUF – WAS IST MÖGLICH IN HESSEN?

Familie oder Karriere?

Viele Beschäftigte gelangen zum Zeitpunkt X an die Weggabelung, die mitunter riesigen Einfluss auf das weitere (Berufs)-Leben nehmen kann und wird.

Es stellt sich immer die gleiche Frage, möchte ich Familie oder möchte ich in meinem Beruf Karriere machen? Was ist mit Karriere und Familie gerade bei Frauen? Lässt sich ein Mittelweg doch oft schwer realisieren.

Die Ausfallzeiten, die durch Schwangerschaft, Mutterschutz und Elternzeit entstehen, lassen viele frühzeitig von möglichen Karriereplanungen abrücken.

Aber auch bei Männern ist die Entscheidung nicht immer einfach.

Zwar gibt es die Ausfallzeiten als solche eher selten, aber macht es Sinn, eine Familie zu gründen, wenn ich weiß, dass ich tägliche Arbeitszeiten von zwölf Stunden und mehr habe? Zusätzlich vielleicht auch noch am Wochenende ran muss oder im Schichtdienst bin und die Personaldecke so dünn ist, dass sich innerhalb der Familie nur die Klinke in die Hand gedrückt wird.

Hat man da wirklich was von seiner Familie oder ist die hohe Arbeitsbelastung nicht einer der Hauptgründe warum sich Paar, beziehungsweise Familien auseinander leben?

Im Laufe der letzten Jahrzehnte war die Geburtenrate in Deutschland stark rückläufig, während es in den 50er und 60er Jahren keine Seltenheit war, dass Familien drei oder vier Kinder haben, ist dies zu Beginn der 2000er doch schon erheblich anders. Viele Familien haben nur ein Kind, zwei werden teilweise schon als zu hohe Belastung angesehen.

Nicht wenige Paare möchten gar keine Kinder haben, da sie sich eindeutig für den Beruf entschieden haben und nicht durch familiäre Verpflichtungen eingeschränkt werden wollen. Dies führt natürlich zu den bekannten gesellschaftlichen Problemen. Immer weniger Berufstätige müssen immer mehr Rentner finanzieren.

Der demografische Wandel lässt einige Landstriche und kleinere Ortschaften fast aussterben. Aus diesem Grund mussten sich der Staat und die Arbeitgeber etwas einfallen lassen, um den Rückgang der Geburtenrate zu stoppen und eine Trendwende einzuleiten.



Während die Wirtschaft in aller Regel schnell reagiert und gerade große Unternehmen teils erhebliche Erleichterungen für junge Eltern ermöglicht, ist die öffentliche Hand hierbei immer etwas im Rückstand.

Neben Betriebskindergärten oder Zuschüssen zu den Kita-Gebühren gibt es zahlreiche flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit von Homeoffice, beziehungsweise Telearbeit. Auf Grund des Fachkräftemangels buhlen die Firmen in der Wirtschaft mit allen Mitteln um die besten Arbeitskräfte. Die öffentliche Hand musste jedoch auch irgendwann an den Punkt kommen, an dem man in diesen Kampf um die besten Arbeitskräfte einsteigen muss. Wenn die Mühlen auch langsam mahlen, zumindest mahlen sie.

Aus diesem Grund hat die Politik mit Elterngeld und Elterngeld+ einen Beitrag geleistet, um den finanziellen Spielraum zu vergrößern.

Weitere Verbesserungen müssen die einzelnen Ministerien, sprich die Behörden und Institutionen leisten. Auch bei uns gibt es daher die Möglichkeit auf Homeoffice und Telearbeit (zum Jahresende 2015 arbeiteten 1,59 % (304 Personen) der Beschäftigten mit einem Telearbeitsplatz). Es gibt inzwischen flexible Arbeitszeitregelungen die große Spielräume eröffnen. Des Weiteren bieten sich sogar die Möglichkeiten, trotz Familie Karriere zu machen. Ein Schlagwort hier ist zum Beispiel „Führen in Teilzeit“. Wer geeignete Mitarbeiter in seinen Bereichen haben möchte, muss bereit sein, auch mal neue Wege zu gehen. Aus diesem Grund ist das Thema „Vereinbarkeit von Familie

und Beruf“ nun auch nicht mehr weg zu denken aus den Amtsstuben des Landes.

Die Grundlage dafür bietet eigentlich die Vertraglichkeit in Form der von Innenminister Rhein und dem Hauptpersonalrat der Polizei getroffenen Vereinbarung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Die Frage die sich hier stellt, wie viel Leben steckt in dieser Vereinbarung?
- Welche Möglichkeiten habe ich, wenn ich wirklich darauf angewiesen bin?
- Wie sieht die Praxis aus?
- Wie viel Akzeptanz haben Führung und Kollegenschaft?



Wie es in der Politik üblich ist, muss es auch bildliche Belege geben für die Möglichkeiten dieses Themas. Wie macht man so etwas, dass es auch jeder lesen kann?

Richtig, man kriert ein Logo und schraubt ein Schild an die Tür der Behörden. Im Falle des Landes Hessen ist dies dann das „Gütesiegel familienfreundlicher Arbeitgeber“.

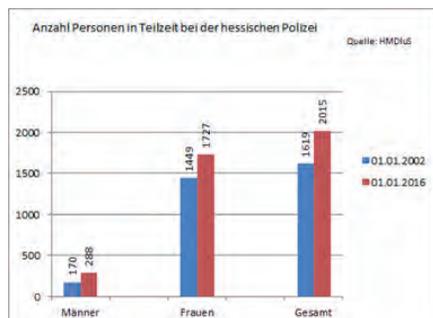
Dazu zimmert man am besten noch eine Zielvereinbarung mit ein paar schlaun Sätzen („Als Dienststelle des Landes Hessen wollen wir attraktive Arbeitsbedingungen bieten und die Lösungen für

eine familienfreundliche Personalpolitik entwickeln.“ – „Die familienfreundliche Arbeitsorganisation ist eine wesentliche Voraussetzung zum Erhalt der Arbeitszufriedenheit; sie vermeidet Personalausfälle und Kompetenzverluste.“).

Anders als zum Beispiel in der Gastronomie, wo es üblich ist, erst eine Leistung zu erbringen und dann die Auszeichnung zu erhalten, verleiht das Land Hessen erst dieses Gütesiegel und die Behörden haben im Anschluss dann zwei Jahre Zeit, die entsprechende Berechtigung zu begründen.

Bereits im Auftaktworkshop stellte sich heraus, dass die Möglichkeiten begrenzt sind, solange die Politik nicht die ausreichenden Rahmenbedingungen dafür setzt.

Die **personelle Mangelverwaltung**, wie derzeit bei der Polizei in vielen Dienststellen beklagt wird, schafft keine Leitplanken dafür, dass das Gütesiegel



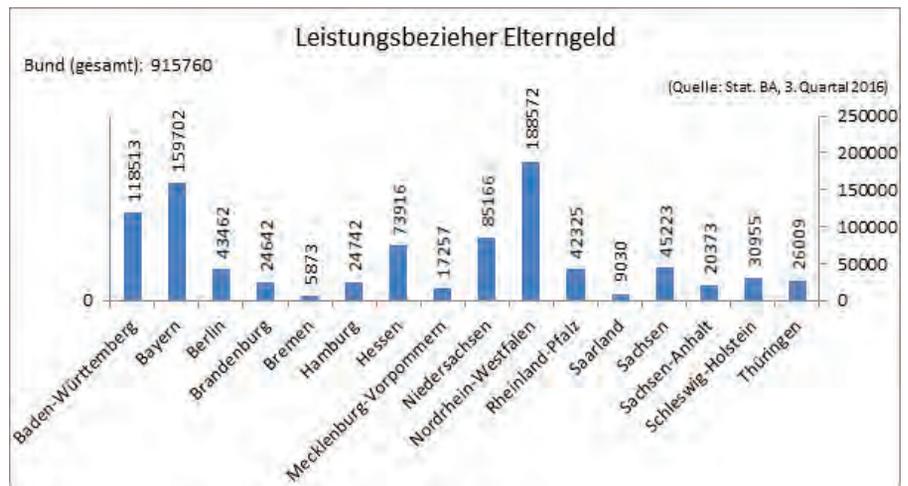
fruchtet.

Außerdem gestaltet es sich gerade in den Bereichen schwierig, in denen Schichtdienst zu leisten ist. Erst Recht, wenn beide Partner im Schichtdienst sind. Hier fügt man dann nun noch schnell den Satz ein: „Diese unabänderlichen Vorgaben bieten nur einen begrenzten Rahmen zur Gestaltung der Arbeits(-zeit)modelle.“ – und schon ist der Wille zwar bekundet, aber die Umsetzung geht halt einfach nicht.

Der Staat als Arbeitgeber zeigt aber auch Verantwortung für die Versorgung der Familien der Angestellten und Beamten. Dies zeigt er in der Tatsache, dass ein Familienzuschlag gewährt wird. Beispiele: derzeit erhält man als verheirateter Kollege / verheiratete Kollegin (Beamtenbereich) mit zwei Kindern ca. 339 €; ab dem dritten Kind steigert es sich nochmals um weitere ca. 330 €.

Im Tarifbereich gibt es 100 € Kinderzulage pro Kind (ab dem dritten Kind zusätzlich 53 € (siehe § 23a TVÜ-H)).

Neben Partnern und Kindern ist der Begriff „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ jedoch noch nicht abgearbeitet.

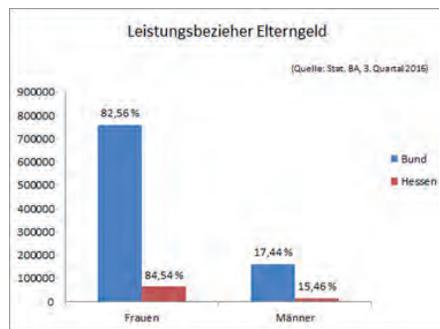


Pflege ist ein weiterer wichtiger Punkt, der nicht zu unterschätzen ist. Da wir immer älter werden, steigt auch die Wahrscheinlichkeit der Pflegenotwendigkeit stetig weiter an.

Jedoch ist nicht nur das Alter Grund für eine Pflegebedürftigkeit, Unfälle, Infektionen und Krankheiten sind weitere Gründe, die eine Pflege nötig machen können.

Wer sich schon einmal mit der Materie beschäftigt hat, dem ist bewusst, dass Pflege äußerst zeit- und kostenintensiv sein kann. Dazu kommt noch eine mögliche körperliche und psychische Belastung bei den Angehörigen.

Neben zu langen Arbeitszeiten kann auch hier ein Risiko für die familiäre Harmonie entstehen. Der Gesetzgeber hat hier ebenfalls Möglichkeiten geschaffen, mit denen die Belastung etwas reduziert werden kann, beziehungsweise Spitzen individuell abgefangen werden können. Sonderurlaub, Teilzeit und Arbeitsbefreiung sind hier Schlagworte, die viele Facetten abdecken können. Wie das bei ei-



ner Medaille so üblich ist, gibt es jedoch auch hier immer zwei Seiten.

Beispielsweise kann es je nach gewählter Variante dazu kommen, dass man kein Entgelt bekommt – folglich keine Beiträge in die Rentenkasse einzahlt werden. Hieraus resultiert ein Stagnieren des Rentenanspruchs. Wenn man die einschlägigen Gesetze durcharbeitet merkt man, dass jeder Fall individuell geprüft werden muss,

welche Bedingungen für einen selbst die idealsten sind.

Sollte sich ein(e) Beschäftigte(r) beispielsweise für eine Familienpflegezeit entscheiden ist es unerlässlich, sich um Vorfeld gerade über die finanziellen Auswirkungen Informationen in der Verwaltung sowie der Bezügestelle einzuholen. Familienpflegezeitgesetz, Pflegezeitgesetz, das Hessische Beamtengesetz und der Tarifvertrag Hessen bieten die rechtlichen Rahmenbedingungen, die in Anspruch genommen werden können. Die Gesetze, Kommentierungen und Ausführungsbestimmungen sind so umfangreich, dass zum Beispiel eine Ein-Tages-Beschulung bei weitem nicht ausreicht um sich in die Materie einzuarbeiten.

Dies genügt allenfalls, um mal einen groben Überblick zu erlangen. Es gibt, das bleibt bei aller Kritik am Arbeitgeber „Land Hessen“ festzuhalten, viele gute Ansätze, die den Begriff „familienfreundlicher Arbeitgeber“ rechtfertigen könnten.

Wie das jedoch immer so ist, gibt es aber noch einiges zu tun, um die guten theoretischen Ansätze in die Praxis umzusetzen und damit noch zu verbessern. Allen voran ist die Beseitigung der personellen Engpässe das A und O, um ein wirklich familienfreundlicher Arbeitgeber zu werden.

Als Gewerkschaft der Polizei heißt dies natürlich, dass man immer wieder den Finger in die Wunde legen muss. Und das werden wir...

Daniel Klimpke



DEUTSCHER POLIZEI-EISHOCKEY-CUP 2017 IN FRANKFURT

GREEN LIONS BELEGEN DEN 6. PLATZ

Jedes Jahr aufs Neue wird der Deutsche Polizei-Eishockey-Cup ausgerichtet. 24 Mannschaften aus dem gesamten Bundesgebiet nehmen daran teil, um den (inoffiziellen) Deutschen Meister zu ermitteln. Das Turnier wird jedes Jahr von einer anderen Mannschaft veranstaltet. Die Green Lions, das Eishockeyteam des PP Frankfurt, hatte den Cup zuletzt 1993 ausgerichtet. Und nach 24 Jahren war es nun wieder soweit.

Aufgrund der infrastrukturellen Gegebenheiten wird der Cup in der Regel im Bundesleistungszentrum Füssen ausgetragen. Nur wenige Stadien verfügen über zwei Eisflächen und die Anzahl der Kabinen, die für dieses Turnier benötigt werden.

Umso spannender war es für uns in den letzten Monaten, ob wir das Turnier wirklich in Frankfurt ausrichten können, galt es doch viele Hürden zu überwinden. Solche Ausnahmen sind immer ein Highlight für die Teams. Berlin, Dresden, Schwenningen, einfach mal was anderes als die Alpenstadt.

Durch die Verantwortlichen der Green Lions um Andreas Chuc, Tim Kunzler und Jan Ganß konnte letztlich ein ganz Großer zur Planung des Turniers gewonnen wer-

den: Peter Beltz. Der pensionierte Kollege hatte das Eishockey beim PP Frankfurt gegründet und bereits 1993 den Cup in Frankfurt ausgerichtet.

Und so nahm alles seinen Lauf. Über Monate geführte Gespräche mit Präsident Bereswill, der Stadt Frankfurt als Eigentümer der Eishalle und vielen Sponsoren führten letztlich dazu, dass die anderen Mannschaften tatsächlich nach Frankfurt am Main eingeladen werden konnten. Es wurden keine Kosten und Mühen gescheut, sogar 12 nagelneue Umkleidecontainer wurden an der Eishalle am Ratsweg aufgestellt.

Am 05.02.2017 begann das Turnier für die Green Lions mit einem Mannschaftssessen in Bergen-Enkheim. Man tauschte sich noch einmal aus, diskutierte über verschiedene Taktiken und fieberte dem ersten Spiel am 06.02.2017 entgegen. Nach dem Essen besuchte man noch das Profispiel der Löwen Frankfurt gegen die Füchse aus der Lausitz.

Nachdem sich letztes Jahr bereits Ex-Profi Maik Blankart dem Frankfurter Team angeschlossen hatte, konnten die Green Lions auch dieses Jahr einen prominenten Neuzugang verbuchen: Marc Schaub, zu-

letzt unter Vertrag bei den Löwen Frankfurt in der DEL2, begann im September 2016 sein Studium bei der hessischen Polizei.

Der 24-jährige Schaub lernte das Eishockeyspielen in seinem Heimatverein, dem Krefelder EV 1981, wo er sämtliche Jungendabteilungen durchlief. Danach schloss er sich verschiedenen Profimannschaften an, bei denen er auf immerhin 82 DEL2- und 35 DEL-Spiele kam (Quelle: eliteprospects.com).

Mit Mark Waldecker konnte zudem ein Torwart gewonnen werden, der bereits in der Vergangenheit für die Green Lions gespielt hatte und dabei immer ein Garant für Siege war. In Erinnerung bleiben wird dabei immer der DPEC 2007, in dem Mark bis zum Finale ohne Gegentor blieb.

Entsprechend motiviert und selbstbewusst gingen die Green Lions somit in das Turnier, wohlwissend, dass dieses Jahr eine besonders schwere Gruppe überwunden werden musste. Neben dem Serienmeister München Peacemakers mussten die Green Lions gegen die München Crocodiles, Ingolstadt Pitbulls, Krefeld Police Penguins und Bochum Ruhr-Cops in der Vorrunde antreten. Allesamt ambitionierte Mannschaften, die sich durchaus Chancen auf das Halbfinale ausgerechnet



hatten. Kein leichtes Unterfangen also für die Green Lions.

Und so starteten die Green Lions am Montag morgen gegen die Pitbulls aus Ingolstadt in das Turnier. Aufgrund der Niederlage im Vorjahr war man auf Frankfurter Seite entsprechend sensibilisiert. Kapitän Jan Ganß schwor die Mannschaft noch ein letztes Mal in der Kabine ein, dann ging es entschlossen aufs Eis. Die Bayern um den ehemaligen DEL-Spieler Christian Hommel machten Druck und zeigten ihre individuelle Stärke. Durch eine geschlossene Mannschaftsleistung konnten die Green Lions jedoch vor den Augen einiger Kollegen den ersten knappen Sieg und somit drei wichtige Punkte einfahren. Entsprechend ausgelassen war die Stimmung.

Im zweiten Vorrundenspiel trafen die Green Lions am Mittag auf die Crocodiles aus München. Die Münchener, ebenfalls gespickt mit ehemaligen Profis und aktuellen Bayernliga-Spielern, waren in der Vergangenheit immer ein Halbfinale-Aspirant. Als amtierender Vizemeister traten sie entsprechend selbstbewusst auf. Nach 25 Minuten durchlaufender Spielzeit endete das Spiel 4:1 für die Kollegen aus München. Ein Dämpfer, der für die Green Lions nicht ganz unerwartet kam. Und so galt es, neues Selbstvertrauen zu sammeln und ausgeruht in das letzte Spiel an diesem Tag gegen Bochum zu gehen. Die Kollegen aus dem Ruhrgebiet waren im letzten Jahr aus der B-Gruppe aufgestiegen und hatten sich mit zwei Neuzugängen verstärkt. Die Green Lions bestimmten das Spiel, während Bochum sich auf seine Defensive und einzelne Nadelstiche nach vorne konzentrierte. Diese Taktik sollte sich letztlich auszahlen. Verlangten die Green Lions dem Torwart der Ruhr-Cops doch alles ab, so musste er letztlich doch nur zweimal hinter sich greifen. Bochum wiederum erwies sich im Abschluss als extrem kaltschnäuzig und holte durch einen 3:2 Sieg die ersten drei Punkte.

Damit war der Traum vom Halbfinale für die Green Lions bereits frühzeitig ge-



platzt. Entsprechend geknickt ging es in die Kabine. Hatte man sich das Turnier doch ein wenig erfolgreicher vorgestellt, so wurde man nun eines Besseren belehrt.

Am Dienstag Vormittag folgte das vierte Vorrundenspiel. Gegner waren die mit zahlreichen Ex-Profis, darunter der ehemalige Nationalspieler Rainer Suchan, besetzten Peacemakers aus München. Die Peacemakers waren bislang ohne Niederlage in das Turnier gestartet und klarer Favorit in dem Spiel. Entsprechend versuchte man auf Seite der Green Lions, seine Taktik anzupassen und nun, ähnlich wie die Kollegen aus Bochum am Vortag, erstmal defensiv gut zu stehen und die Positionen zu halten.

Und so gelang den Green Lions das, was keine andere Mannschaft bisher auf diesem Turnier geschafft hatte. Der Torwart der Peacemakers, ebenfalls bis vor kurzem noch professionell tätig, konnte überwunden werden. Zweimal trafen die Frankfurter ins Netz, kassierten jedoch im Gegenzug drei Tore, sodass das Spiel knapp verloren wurde. Trotzdem verließen die Green Lions die Eisfläche erhobenen Hauptes, hatten sie doch eine gute Leistung gezeigt. An diese Leistung sollte man nun anknüpfen, ging es doch darum, den Abstieg in die B-Gruppe zu verhindern. Ein Sieg gegen die Police Penguins aus Krefeld musste her, koste es, was es wolle.

Fulminant spielten die Green Lions gegen die Pinguine auf und ließen zu keiner Zeit einen Zweifel daran, die wichtigen drei Punkte zu holen. 4:1 konnte man letztlich gewinnen. Der Klassenerhalt war zumindest geschafft und es kam sogar noch besser.

Durch die Gruppensituation, in der zwischen den Mannschaften aus München, Krefeld und Frankfurt jeder gegen jeden gewonnen hatte, sich der direkte Vergleich somit egalisierte und es nun auf das Torverhältnis ankam, rückten die Green Lions am Ende des zweiten Spieltages noch auf den dritten Vorrundenplatz vor. Sicher nicht das, was man sich im

Vorfeld erhofft hatte, aber besser als nach den drei Niederlagen erwartet.

Am Abend luden die Green Lions zum Galaabend in den Römer. Nach Begrüßungsreden des Stadtrat Frank, Polizeipräsident Bereswill und unseres Vorsitzenden Peter Beltz im Kaisersaal aßen, tranken und feierten die etwa 500 Teilnehmer ausgelassen. Es war ein gelungenes Fest, bei dem die Frankfurter sicher Maßstäbe gesetzt haben.

Am dritten und letzten Turniertag folgten die Platzierungs- und Finalrundenspiele. Frankfurt trat im Spiel um Platz fünf gegen den Drittplatzierten der zweiten A-Gruppe, die Mannheim Rangers, an. Ähnlich wie im Spiel gegen Bochum zeichnete sich Mannheim durch seine individuelle Klasse aus und gewann das Spiel mit 3:1.

Die Green Lions belegten somit den 6. Platz und konnten sich zumindest nach dem 7. Platz im Vorjahr in der Abschlusstabelle verbessern.

Den Turniersieg holten sich erwartungsgemäß die München Peacemakers, die wiederum unerwartet knapp nach Penaltyschießen gegen den Vorjahresmeister aus Berlin gewannen.

Nach drei Tagen Eishockey und vielen Monaten Vorbereitung ging das Turnier nun zu Ende. Ich denke, insbesondere den Verantwortlichen der Green Lions, Andreas Chuc, Tim Kunzler und Jan Ganß, fiel damit eine große Last von der Schulter. Ihnen, aber auch den vielen Helfern im Hintergrund, sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Letztendlich war es ein schönes Turnier, das 23 anderen Mannschaften aus dem gesamten Bundesgebiet eine Reise in die Mainmetropole ermöglichte. Im nächsten Jahr geht es wohl wieder nach Füssen. Die Green Lions werden dabei sein und alles geben, um nach 1993, 2003 und 2010 zum vierten Mal den Titel zu holen.

Christian Steinke

